

Beteiligungsbericht

2013

Landkreis Tübingen

Abteilung Finanzen
Beteiligungsverwaltung
Wilhelm-Keil-Straße 50
72072 Tübingen

Telefon: 07071/207-1125
Telefax: 07071/207-91125
E-Mail: S.Buckenmaier@kreis-tuebingen.de
www.kreis-tuebingen.de

Basisdaten: Prüfungs-, Lage- und Geschäftsberichte 2013

© 2015 Landratsamt Tübingen

Vorwort des Landrates



Foto: Foto Keidel

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

der Landkreis Tübingen nimmt für seine Einwohnerinnen und Einwohner eine Vielzahl öffentlicher Aufgaben wahr. Dabei beschränkt sich der Landkreis heutzutage in vielen Bereichen nicht mehr nur auf die klassische Kernverwaltung des Landratsamts, sondern überträgt verschiedene Aufgaben auf eigenständige Unternehmen, Eigenbetriebe und Zweckverbände.

Im Bereich des öffentlichen Rechts betrifft dies einen Eigenbetrieb sowie die Beteiligung an insgesamt fünf Zweckverbänden. Das Aufgabenspektrum erstreckt sich hierbei von regional wichtigen Infrastruktureinrichtungen wie dem ÖPNV im Ammertal (ZÖA) und der Schönbuchbahn (ZVS) über die Informationsverarbeitung bei der Kommunalen Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm (KI-RU) bis hin zu Entsorgungseinrichtungen wie dem Eigenbetrieb Abfallwirtschaft (AWB), der Abfallverwertung Reutlingen/Tübingen (ZAV) und dem Zweckverband Tierische Nebenprodukte Süd-Baden-Württemberg (ZTN Süd).

Darüber hinaus ist der Landkreis Tübingen an vier Unternehmen des privaten Rechts unmittelbar beteiligt: der Kreisbaugesellschaft Tübingen mbH, der Agentur für Klimaschutz Kreis Tübingen gGmbH, der Standortagentur Tübingen-Reutlingen-Zollernalb GmbH und dem Verkehrsverbund Neckar-Alb-Donau GmbH (naldo).

Mit dem vorliegenden Beteiligungsbericht soll den Mitgliedern des Kreistags und allen interessierten Bürgerinnen und Bürger ein Überblick über die aktuelle Aufgabenerfüllung in den Beteiligungen sowie über deren finanzielle Situation vermittelt werden.

Dazu enthält der Beteiligungsbericht wesentliche Unternehmensdaten auf der Basis der Jahresabschlüsse und Geschäftsberichte für das Jahr 2013.

Nach der Beratung im Kreistag wird der Beteiligungsbericht öffentlich bekannt gegeben und ausgelegt. Danach wird er auch im Internet abrufbar sein (www.kreis-tuebingen.de).

Joachim Walter
Landrat

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Vorbemerkungen	5
II. Die Beteiligungen auf einen Blick	7
III. Unmittelbare Beteiligungen an Unternehmen in privater Rechtsform	8
Gesamtübersicht über die wichtigsten Daten	
Beteiligungen über 25 %	
• Agentur für Klimaschutz Kreis Tübingen gGmbH	9
• Kreisbaugesellschaft Tübingen mbH	19
Beteiligungen unter 25 %	
• Verkehrsverbund Neckar-Alb-Donau GmbH (naldo)	30
• Standortagentur Tübingen-Reutlingen-Zollernalb GmbH	39
IV. Sonstiges (nachrichtlich)	
Gesamtübersicht über die wichtigsten Daten	
	47
Eigenbetriebe	
• Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Tübingen (AWB)	48
Zweckverbände	
• Zweckverband ÖPNV im Ammertal (ZÖA)	50
• Zweckverband Schönbuchbahn (ZVS)	54
• Zweckverband Abfallverwertung Reutlingen/Tübingen (ZAV)	57
• Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm (KIRU)	60
• Zweckverband Tierkörperbeseitigung Warthausen	65
seit 01.01.2014: Zweckverband Tierische Nebenprodukte Süd-Baden-Württemberg (ZNT Süd)	
V. Anhang	
Erläuterung der Kennzahlen	69
Rechtliche Grundlagen	70

I. Vorbemerkungen

Allgemeines

Der Landkreis Tübingen ist an verschiedenen Unternehmen, die in privater Rechtsform geführt werden, beteiligt. Gemäß § 105 Abs. 2 Gemeindeordnung (GemO) in Verbindung mit § 48 Landkreisordnung (LKrO) hat der Landkreis zur Information des Kreistags und seiner Einwohner jährlich einen Bericht über die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts zu erstellen, an denen er unmittelbar oder mit mehr als 50 v.H. mittelbar beteiligt ist.

Die Erstellung des Beteiligungsberichtes ist gemäß § 105 Abs. 3 GemO ortsüblich bekannt zu geben und der Bericht an 7 Tagen öffentlich auszulegen.

Neben den zwingend vorgeschriebenen Beteiligungen werden in diesem Bericht nachrichtlich auch der Eigenbetrieb des Landkreises Tübingen sowie die Mitgliedschaften in Zweckverbänden dargestellt, um einen vollständigen Gesamtüberblick über die Beteiligungen des Landkreises zu ermöglichen.

Als Basis dienen die Prüfungs-, Lage- und Geschäftsberichte der Unternehmen und Verbände für das Jahr 2013.

Inhalt des Beteiligungsberichts

Im Beteiligungsbericht ist für jedes Unternehmen darzustellen:

Allgemeines

- der Gegenstand des Unternehmens
- die Beteiligungsverhältnisse
- die Besetzung der Organe
- die Beteiligungen des Unternehmens

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Verlauf des letzten Geschäftsjahres

- Grundzüge des Geschäftsverlaufs im Geschäftsjahr
- Lage des Unternehmens
- Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis
- Im Vergleich mit den Werten des vorangegangenen Geschäftsjahres
 - die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer getrennt nach Gruppen
 - Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage
 - die Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats, § 286 Abs. 4 HGB gilt entsprechend.

Ist der Landkreis unmittelbar mit weniger als 25 v. H. beteiligt, kann sich die Darstellung im Beteiligungsbericht auf folgende Punkte beschränken:

Allgemeines

- Gegenstand des Unternehmens
- Beteiligungsverhältnisse

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Von der Berichtspflicht betroffene Beteiligungen

Unmittelbare Beteiligungen mit mehr als 25 v. H.

- Kreisbaugesellschaft Tübingen mbH
- Agentur für Klimaschutz Kreis Tübingen gGmbH

→ im Beteiligungsbericht Darstellung des ausführlichen Mindestinhalts

Unmittelbare Beteiligungen mit weniger als 25 v. H.

- Standortagentur Tübingen-Reutlingen-Zollernalb GmbH
- Verkehrsverbund Neckar-Alb-Donau GmbH (naldo)

→ im Beteiligungsbericht Darstellung des eingeschränkten Mindestinhalts

Mittelbare Beteiligungen mit mehr als 50 v. H.

Der Landkreis Tübingen ist an keinem Unternehmen mit mehr als 50 v.H. mittelbar beteiligt.

Nachrichtlich aufgeführte Beteiligungen

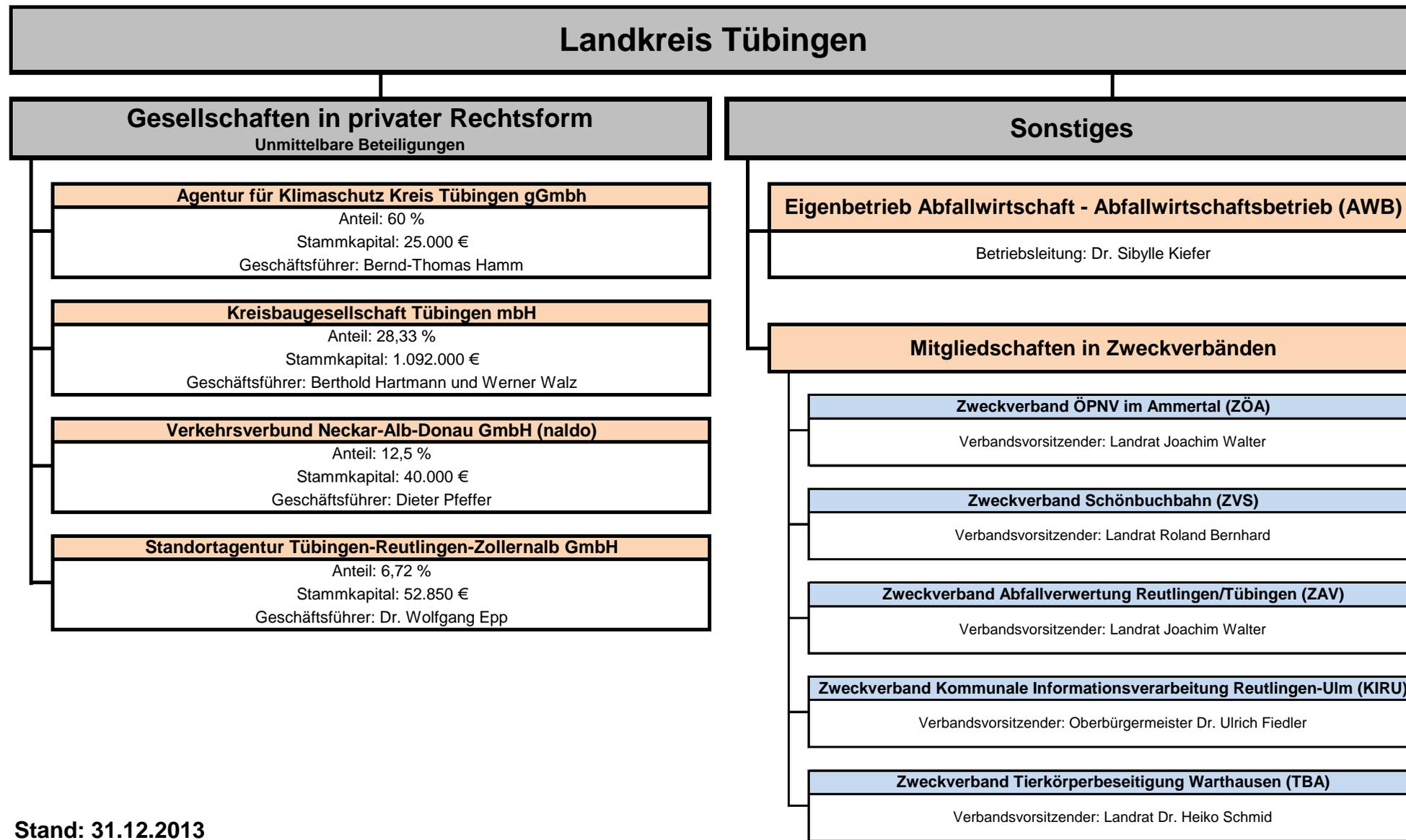
Eigenbetrieb

- Abfallwirtschaftsbetrieb

Zweckverbände

- Zweckverband ÖPNV im Ammertal (ZÖA)
- Zweckverband Schönbuchbahn (ZVS)
- Zweckverband Abfallverwertung Reutlingen/Tübingen (ZAV)
- Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm (KIRU)
- Zweckverband Tierische Nebenprodukte Süd-Baden-Württemberg (ZTN Süd)
bis 31.12.2013: Zweckverband Tierkörperbeseitigung Warthausen

II. Die Beteiligungen auf einen Blick



Stand: 31.12.2013

III. Beteiligungen an Unternehmen in privater Rechtsform

Gesamtübersicht über die wichtigsten Daten der Gesellschaften in privater Rechtsform (Stand 31.12.2013)

Allgemeine Daten	Stammkapital EUR	Anteil Landkreis Tübingen %	Zahl der Arbeitnehmer	Bilanzsumme EUR	Anlagevermögen EUR	Eigenkapital EUR	Verbindlichkeiten EUR	Umsatzerlöse EUR	Ubrige Erträge EUR	Aufwendungen EUR	Jahresüberschuss/Fehlbetrag EUR
Agentur für Klimaschutz gemeinnützige GmbH	25.000,00	60,00	Ø 3,2	57.762,49	12.853,00	35.348,43	6.082,81	217.445,70	714,05	370.983,34	-152.823,59
Kreisbaugesellschaft Tübingen mbH	1.092.000,00	28,33	Ø 17 Vollzeit Ø 7 Teilzeit Ø 2 Azubis Ø 58 nebenberufl. Hauswarte	122.937.132,23	106.606.195,97	28.484.046,07	93.891.649,97	14.075.914,44	8.151.787,29	21.929.191,44	298.510,29
Verkehrsverbund Neckar-Alb Donau GmbH (naldo)	40.000,00	12,50	Ø 9	887.508,23	32.417,00	40.000,00	66.843,31	0,00	1.251.111,42	1.251.111,42	0,00
Standortagentur Tübingen- Reutlingen-Zollernalb GmbH	52.850,00	6,72	0	344.568,14	5,00	335.918,92	5.149,22	250.000,00	829,43	146.579,44	104.249,99

Agentur für Klimaschutz Kreis Tübingen gGmbH

agentur für
klimaschutz



Kreis Tübingen

Unternehmensdaten

Firmenname:	Agentur für Klimaschutz Kreis Tübingen gemeinnützige GmbH
Anschrift:	Agentur für Klimaschutz Kreis Tübingen gemeinnützige GmbH Wilhelm-Keil-Straße 50 72072 Tübingen Telefon: 07071/207-5402 Telefax: 07071/207-5499 E-Mail: info@Agentur-fuer-Klimaschutz.de www.agentur-fuer-klimaschutz.de
Gründung:	05.12.2007
Gesellschaftsvertrag:	05.12.2007, aktuelle Fassung vom 14.12.2012
Stammkapital:	25.000 €
Handelsregistereintrag:	Amtsgericht Stuttgart HRB 726013, 09.04.2008
Prüfungsgesellschaft:	HWP Treuhand GmbH, Weil im Schönbuch

Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Beratungen und Erbringung von Serviceleistungen zum Erreichen folgender Ziele:

- Ein Optimum an Energieeinsparung und Einsatz erneuerbarer Energien im Bereich Bauen und Sanierung zu erreichen und somit den Umweltschutz zu fördern. Die Gewährleistung eines einheitlichen, professionellen Beratungsniveaus auch vor Ort in den Gemeinden des Landkreises Tübingen.
- Dokumentation der Beratungen und der auf der Basis der Beratungen durchgeführten Maßnahmen zur Optimierung des Energieeinsatzes mit den Angaben zum Investitionsvolumen und der Höhe der CO₂-Einsparungen, die durch die Beratung initiiert bzw. erreicht wurden.
- Koordination, Ausbau und Vernetzung der Zusammenarbeit der Verwaltungen, Energieversorger, Handwerker, Architekten, Planer und wissenschaftlichen Institutionen im Kreis bezüglich rationeller Energieverwendung und Energieberatung. Die Förderung und Stärkung der Verbindung von Forschung und Lehre mit den Handwerkern, Architekten und Planern.
- Gegenstand des Unternehmens ist auch die allgemeine Energiespar- und Energieeffizienzberatung und die Wohnraumberatung für Ältere / Beratung zum altersgerechtem Umbau.

Die Beratung ist neutral, unabhängig und beschränkt sich auf allgemeine Auskünfte.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter zum 31.12.2013	Stammeinlage	Anteil in %	Stimmenanteil *
Landkreis Tübingen **	15.000,00 €	60,00	300
Stadtwerke Tübingen GmbH	6.000,00 €	24,00	120
Stadtwerke Mössingen	1.000,00 €	4,00	20
Stadtwerke Rottenburg am Neckar GmbH	1.000,00 €	4,00	20
Architektenkammer Baden-Württemberg	2.000,00 €	8,00	40
Kreishandwerkerschaft Tübingen **	0,00 €	0,00	0
Summe	25.000,00 €	100,00	500

* Stimmrecht lt. § 13 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrags: Je 50,00 € eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme in der Gesellschafterversammlung.

** Zum 01.01.2013 hat der Landkreis Tübingen die Anteile der Kreishandwerkerschaft in Höhe von 2.000 € übernommen.

Damit erhöht sich die Beteiligung des Landkreises Tübingen auf 60 % (KT-Drucksache 112/12, Beschluss 18.07.2012). Die Kreishandwerkerschaft engagiert sich seit 2013 im Beirat.

Besetzung der Organe

Organe

- Geschäftsführung
- Gesellschafterversammlung
- Beirat

Geschäftsführung

Geschäftsführer: Bernd-Thomas Hamm

Gesellschafterversammlung

→ Gesellschafter und Stimmenanteil siehe unter Beteiligungsverhältnisse.

Vorsitzender: Landrat Joachim Walter

Stellvertreter: Werner Walz, Leiter Geschäftsbereich 1 beim Landkreis Tübingen

Als "Beratendes Mitglied" ohne Stimmrecht ist die Hochschule für Forstwirtschaft Rottenburg, vertreten durch ihren Rektor, Herrn Prof. Dr. Bastian Kaiser, Mitglied der Gesellschafterversammlung.

Weitere beratende Mitglieder: Bürgermeister Thomas Hölsch als Vertreter der Städte und Gemeinden

Beirat

Gemäß § 14 des Gesellschaftsvertrags erhält die Gesellschaft einen Beirat. Über die Berufung entscheidet die Gesellschafterversammlung mit einer Mehrheit von 85 % aller vorhandenen Stimmanteile. Die jeweilige Berufung der Beiräte erfolgt für einen Zeitraum von zwei Jahren.

Vorsitzender: Prof. Dr. Bastian Kaiser, Rektor der Hochschule Rottenburg
Stellvertreter: Dr. Volker Kienzlen, Klimaschutz und Energieagentur Baden-Württemberg mbH

Mitglieder:

Postbaugenossenschaft Baden Württemberg eG
Kath. Dekanat Rottenburg
HWK Reutlingen
Haus & Grund, Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümergebiet Tübingen e.V.
Sonnenenergie Neckar-Alb e.V.
Kreissparkasse Tübingen
Agentur für Klimaschutz
Kreisbaugesellschaft mbH
Umweltzentrum Tübingen
Bezirksvereinigung der Volks- und Raiffeisenbanken im Kreis Tübingen
Regierungspräsidium Tübingen, Denkmalpflegeamt
Ev. Dekanatamt Tübingen
Lokale Agenda 21 Tübingen
Hochschule für Forstwirtschaft Rottenburg (HFR)
Deutscher Mieterbund Reutlingen-Tübingen
Klimaschutz und Energieagentur Baden-Württemberg mbH
Erneuerbare Energien Rottenburg e.G.
EnBW Energie Baden-Württemberg AG
Universität Tübingen
GWG - Gesellschaft für Wohnungs- und Gewerbebau Tübingen mbH
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) - Regionalverband Neckar-Alb e.V.
FairEnergie GmbH
Gemeindetag BaWü, Kreisverband Tübingen
Lokale Agenda 21 Rottenburg a. N.
Industrie- und Handelskammer (IHK) Reutlingen
Landratsamt Tübingen
Lokale Agenda 21 Mössingen
Kreishandwerkerschaft Tübingen (seit 01.01.2013)

Beteiligungen des Unternehmens

Die Agentur für Klimaschutz Kreis Tübingen gGmbH ist an keinen weiteren Unternehmen beteiligt.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Aus dem Bericht der Geschäftsführung.

Beratungen

Die Entwicklung der Erstberatungen zeigt auch 2013, dass die Nachfrage nach Beratungsgesprächen in den Rathäusern beziehungsweise in der Agentur nochmals leicht zurückgegangen ist. Diese Entwicklung zeigt sich auch bei den anderen Energieagenturen im Land. Diesem Tätigkeitsschwerpunkt muss deshalb in der Zukunft besondere Beachtung gewidmet werden.

Die Telefonberatungen steigen dagegen kontinuierlich an. Durch die vermehrte Präsenz bei Messen, Hausausstellungen und Veranstaltungen steigt die Zahl der Beratungsgespräche bei diesen Veranstaltungen ebenfalls stark an.

Erstberatungen

Jahr	Gesamt	Erstberatung (Rathäuser/AfK)	Messen/ Ausstellungen	Telefon
2008	606	606	nicht erfasst	nicht erfasst
2009	516	430	nicht erfasst	86
2010	397	294	nicht erfasst	103
2011	677	295	241	141
2012	668	242	214	212
2013	1015	244	583	188
Gesamt	3879	2111	1038	730

Die Schwerpunkte in der Telefon- und Messeberatung konzentrieren sich auf gesetzliche Anforderungen wie EWärmeG und EnEV sowie die Fragen zu Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten der KfW und neuerdings der L-Bank. Danach folgen die Wärmedämmmaßnahmen und zur Haustechnik.

Durch den extremen Hagelschaden im Juli 2013 stieg die Zahl der Beratungen im Bereich der Zuschüsse und der energetischen Sanierung der Dächer und Fassaden.

Die Entwicklung der Erstberatungen in den Städten und Gemeinden stellt sich wie folgt dar:

Stadt/Gemeinde	2008	2009	2010	2011	2012	2013	Gesamt
Ammerbuch	35	29	14	18	11	6	113
Bodelshausen	18	12	4	4	4	3	45
Dettenhausen	37	33	19	10	10	15	124
Dußlingen	7	12	5	6	3	3	36
Gomaringen	22	5	7	7	5	9	55
Hirrlingen	16	7	8	3	3	2	39
Kirchentellinsfurt	11	14	9	5	7	6	52
Kusterdingen	33	16	3	2	12	13	79
Mössingen	30	29	9	13	8	12	101
Nehren	10	12	9	-	8	4	43
Neustetten	28	15	7	3	2	4	59
Ofterdingen	6	13	3	3	4	2	31
Rottenburg (Stadt)	50	72	40	35	41	19	257
Seebonn						2	2
Hailfingen						3	3
Dettingen						1	1
Ergenzingen						4	4
Starzach	15	9	2	4	-	5	35
Tübingen (Gesch.Stelle)	288	152	155	182	124	102	1.003
Hirschau						6	6
Bühl						6	6
Unterjesingen						7	7
Kiebingen						2	2
Pfrondorf						3	3
Hagelloch						2	2
Wurmlingen						1	1
Lustnau						2	2
Gesamt	606	430	294	295	242	244	2.111

Messen, Ausstellungen, Vorträge

Vorträge und Veranstaltungen

Jahr	Teilnehmer	Anzahl Veranstaltungen	
2008	197	9	
2009	1.500	62	
2010	626	37	
2011	1.296	20	
2011	4.000	1	Spirit Day Rottenburg an 5 Schulen
2012	855	20	
2013	583	23	
Gesamt	9.057	172	

Im Berichtsjahr konnten von der Agentur für Klimaschutz in 23 Vortragsveranstaltungen, Moderationen und Ausstellungsvorträgen 583 Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmer erreicht werden.

Seit Bestehen der Agentur wurden in 172 Vortragsveranstaltungen 5.057 Einwohnerinnen und Einwohner erreicht. Nachfolgend ein kleiner Ausschnitt von Vortragsveranstaltungen 2013.

- Tagesklinik Wielandshöhe „Altersgerechter Umbau“
- VHS Tübingen, Vortrag „Mehr erneuerbare Energien im deutschen Stromnetz“
- „Der grüne Gockel“ Geschäftsstelle für Umweltmanagement in der Evang. Landeskirche Württemberg, Vortrag „Energiecontrolling in der Praxis“
- Vorträge und Diskussion bei diversen Messen und Infoveranstaltungen
- Erstberatungen für Eltern beim Elternsprechtage, Karl-von-Frisch-Gymnasium

Insgesamt begleitete das Agentur-Team 15 Messen und Ausstellungen im Berichtsjahr. Hierzu zählen unter anderem die „fdf- für die Familie“, die „Balingen Regenerativ“, die CEP (Clean Energy & Passivehouse) in Stuttgart, die „Haus, Holz, Energie“ Stuttgart, die „KvO die Energiesparmesse“, der Klimatag bei der Stadt Tübingen, der Energiemarkt im Sparkassen-Carré, „Goldener Oktober“ und Regionalmarkt Rottenburg, die „Rottenburger Energietage“, Tag der offenen Tür der Kreisparkasse Entringen (Infoveranstaltung mit Vortrag), der Kongress „Energiewende in der Region“ im Sparkassen-Carré, in der Zimmerei Karl in Entringen „Renovierungstag Ammerbuch“, sowie ein Vortrag bei der Messe „Familie und Heim“ („Energetische Sanierung und altersgerechter Umbau gut kombiniert“).

Seit Gründung der Agentur wurden insgesamt 93 Messen und Ausstellungen begleitet, somit durchschnittlich 15 Wochenendveranstaltungen pro Jahr.

Entwicklung weiterer Agenturleistungen

Jugend-, Schularbeit

- VR Kinderakademie in Grundschulen, insgesamt 25 Klassen
- Stand-By Projekte mit LBBW – Förderungen in 21 Klassen an 7 Schulen

Sonstiges

- Beratung und Begleitung der Stadt Tübingen zum European Energy Award, EEA.
- Pilotprojekt Stadt Mössingen, Strategische Einstiegsberatung zu Klimaschutzmaßnahmen, in Kooperation mit IFEU und ebök Tübingen
- Mitwirkung bei IKENA – Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept Region Neckar-Alb
- Intensivierung der Zusammenarbeit der regionalen Energie- und Klimaschutzagenturen, rEA, in Baden-Württemberg. Aktuell wirken 29 von 34 rEA mit.

- Mitwirkung an der Stelle „Gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit“, die mit Unterstützung des UM (50%) und den rEA's (50%) bei der KEA eingerichtet wurde.
- Weiterentwicklung des Energiemanagements in den landkreiseigenen Liegenschaften mit den Schwerpunkten:
 - Energiebericht
 - Stromsparpaket
 - Nutzersensibilisierung
 - Haustechnische Begleitung und Beratung
- Unterstützung der SWT mit Stromspar-Checks beim Projekt „Null, Strom- Wir sparen uns ein Kraftwerk“
- Unterstützung aller 3 Stadtwerke mit Stromsparchecks für Haushalte mit hohen Energieverbräuchen zur Verminderung der Energiekosten

Verlauf des letzten Geschäftsjahres

Grundzüge des Geschäftsverlaufs im Jahr 2013

Bilanz

Agentur für Klimaschutz Kreis Tübingen gGmbH	31.12.2013	31.12.2012
AKTIVA	EUR	EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte, sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	845,00	1.611,00
II. Sachanlagen		
1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	12.008,00	14.535,00
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	20.751,69	0,00
2. Sonstige Vermögensgegenstände	21.123,58	8.029,64
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1.568,22	49.865,59
	43.443,49	57.895,23
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
1. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	1.466,00	0,00
BILANZSUMME	57.762,49	74.041,23

Agentur für Klimaschutz Kreis Tübingen gGmbH	31.12.2013	31.12.2012
PASSIVA	EUR	EUR
A. EIGENKAPITAL		
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Kapitalrücklage	10.348,43	23.172,02
III. Jahresfehlbetrag	0,00	0,00
B. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Steuerrückstellungen	0,00	3.732,00
2. Sonstige Rückstellungen	13.000,00	12.355,00
	13.000,00	16.087,00
C. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.866,30	0,00
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0,00	1.904,00
3. Sonstige Verbindlichkeiten	2.216,51	4.546,96
	6.082,81	6.450,96
D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	3.331,25	3.331,25
BILANZSUMME	57.762,49	74.041,23

Gewinn- und Verlustrechnung

Agentur für Klimaschutz Kreis Tübingen gGmbH	2013	2012
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	217.445,70	283.415,94
2. Sonstige betriebliche Erträge	0,00	2.537,42
3. Materialaufwand		
a) Aufwände für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-419,73	-2.320,21
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-16.569,03	-38.728,82
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-184.982,67	-177.889,32
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-63.375,03	-60.944,67
5. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Inangangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs	-3.992,00	-4.331,51
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-101.644,88	-110.429,04
7. Ordentliches Betriebsergebnis (Zwischensumme Z. aus 1 bis 6)	-153.537,64	-108.690,21

Agentur für Klimaschutz Kreis Tübingen gGmbH	2013 EUR	2012 EUR
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	9,60	0,00
9. Finanzergebnis (Zwischensumme aus Z. 8 bis 8)	9,60	0,00
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-153.528,04	-108.690,21
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	704,45	-16.962,27
12. Jahresfehlbetrag	-152.823,59	-125.652,48
13. Entnahme aus der Kapitalrücklage	152.823,59	125.652,48
14. Bilanzgewinn	0,00	0,00

Lage des Unternehmens

Aus dem Lagebericht 2013:

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke und ist daher selbstlos tätig. Insbesondere verfolgt sie nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Ziele.

Die Erstberatung zu Fragen des Energieeinsparens und zur Nutzung erneuerbarer Energien ist für Bürgerinnen und Bürger aus dem Landkreis Tübingen kostenlos und erfolgt neutral.

Die Mittel der Gesellschaft dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus den Mitteln der Gesellschaft erhalten.

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2013 wurde ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 152.823,59 € (Vorjahr: 125.652,48 €) festgestellt. Die Deckung des Fehlbetrags erfolgt durch eine Entnahme aus der Kapitalrücklage.

Die Umsatzerlöse in Höhe von 217.445,70 € setzen sich im Geschäftsjahr 2013 im Wesentlichen aus Sponsoring bzw. Werbeeinnahmen und laufenden Projekten zusammen.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um rd. 56% verringert. Dies ist einerseits durch die geringeren Umsatzerlöse und andererseits durch geringere Inanspruchnahme von Fremdleistungen begründet.

Finanzlage

Die liquiden Mittel zum Jahresende betragen € 1.568,22 (Vorjahr: € 49.865,59). Gemäß dem Gesellschaftsvertrag haben sich die Gesellschafter bis einschließlich 2017 verpflichtet, das Bestehen der Gesellschaft durch jährliche Zuzahlungen bzw. Sachleistungen in die Kapitalrücklage zu sichern.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betragen zum Jahresende € 3.866,30. Dabei handelt es sich um die Inanspruchnahme eines Kontokorrentkredits, der nur kurzfristig benötigt wurde.

Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht verschlechtert (von 74.041,23 € im Jahr 2012 auf 57.762,49 €).

Die Verschlechterung resultiert aus dem Rückgang von kurzfristig gebundenen Vermögen. Das Anlagevermögen hat sich auf Grund von Abschreibungen um rd. T€3 vermindert.

Kapitalzuführungen und -entnahmen

Die Deckung des Jahresfehlbetrags 2013 in Höhe von 152.823,59 € erfolgt durch eine Entnahme aus der Kapitalrücklage.

Entwicklung der Kapitalrücklage	2013	2012
Stand 01.01.	23.172,02 €	38.583,22 €
Zahlungsverpflichtung der Gesellschafter	140.000,00 €	160.000,00 €
Forderungen Körperschafts-, Gewerbesteuer	- €	17.048,00 €
Sponsoring Leistungen der Banken	- €	- 66.806,72 €
Zwischensumme	163.172,02 €	148.824,50 €
Entnahme Verlust	-152.823,59 €	-125.652,48 €
Stand 31.12.	10.348,43 €	23.172,02 €

Die Zuwendungen des Landkreises Tübingen betragen im Jahr 2013 70.000 € (im Vorjahr 66.984,00 €), Beschluss des Kreistags vom 18.07.2012 (KT Drucksache 112/12).

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer

Stand	31.12.2013		31.12.2012	
	1 Person	100%	1 Person	100%
1 Person	90%	1 Person	90%	
1 Person	80% (ab 01.10.13 zu 100%)	1 Person	80%	
1 Person	50% (bis 30.09.13)	1 Person	50%	
Insgesamt	4 Personen	320% (ab 01.10.13 290%)	4 Personen	320%

Im Projekt Stromsparhelfer sowie Projekte für private Haushalte war eine Person für 12 Monate mit 30 % befristet angestellt.

Kennzahlen der Vermögens, Finanz- und Ertragslage *

Kennzahlen zur Vermögenslage **2013** **2012**

Anlagenintensität

Anlagevermögen (AV)	12.853,00 €	16.146,00 €
Gesamtvermögen (GV)	57.762,49 €	74.041,23 €
Verhältnis AV : GV in %	22,25%	21,81%

Umlaufintensität

Umlaufvermögen (UV)	43.443,49 €	57.895,23 €
Gesamtvermögen (GV)	57.762,49 €	74.041,23 €
Verhältnis UV : GV in %	75,21%	78,19%

Kennzahlen zur Finanzlage **2013** **2012**

Eigenkapitalquote

Eigenkapital (EK)	35.348,43 €	48.172,02 €
Gesamtkapital (GK)	57.762,49 €	74.041,23 €
Verhältnis EK : GK in %	61,20%	65,06%

Fremdkapitalquote

Fremdkapital (FK)	22.414,06 €	25.869,21 €
Gesamtkapital (GK)	57.762,49 €	74.041,23 €
Verhältnis FK : GK in %	38,80%	34,94%

Verschuldungsgrad

Fremdkapital (FK)	22.414,06 €	25.869,21 €
Eigenkapital (EK)	35.348,43 €	48.172,02 €
Verhältnis FK : EK in %	63,41%	53,70%

Kennzahlen zur Ertragslage **2013** **2012**

Kostendeckung

Umsatzerlöse (UE)	217.445,70 €	176.676,67 €
Gesamtaufwand (GA)	370.983,34 €	411.605,84 €
Verhältnis UE : GA in %	58,61%	42,92%

Kennzahlen zum Personal **2013** **2012**

Personalintensität

Personalaufwand (PA)	248.357,70 €	238.833,99 €
Gesamtaufwand (GA)	370.983,34 €	411.605,84 €
Verhältnis PA : GA in %	66,95%	58,02%

* Beschreibung der Kennzahlen im Anhang unter Punkt V.

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Beirates

Angaben bezüglich der Geschäftsführung unterbleiben entsprechend § 286 Abs. 4 HGB, da sich anhand dieser Angaben die Bezüge eines Mitglieds dieses Organs feststellen lassen.

Kreisbaugesellschaft Tübingen mbH



Unternehmensdaten

Firmenname:	Kreisbaugesellschaft Tübingen mbH
Anschrift:	Kreisbaugesellschaft Tübingen mbH Hechinger Straße 22 72072 Tübingen
	Telefon: 07071 - 93 25 - 0 Telefax: 07071 - 93 25 - 105 E-Mail: info@kreisbau.com www.kreisbau.com
Gründung:	24.06.1953 Vorgängergesellschaften: Kleinsiedlung Tübingen eGmbH (Gründung 11.05.1936) Kreisbaugenossenschaft Tübingen eGmbH (Gründung 30.12.1940)
Gesellschaftsvertrag:	24.06.1953, aktuell gültige Neufassung vom 21.12.2005 (Handelsregistereintrag 19.01.2006)
Stammkapital:	1.092.000 €
Handelsregistereintrag:	Amtsgericht Stuttgart HRB 380087, 06.08.1953
Prüfungsgesellschaft:	Verband baden-württembergischer Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V., Stuttgart (vbw)

Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist es, im Rahmen ihrer kommunalen Aufgabenstellung zu einer sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung beizutragen, die kommunale Siedlungspolitik und Maßnahmen der Infrastruktur zu unterstützen und städtebauliche Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen durchzuführen.

Soweit es zur Erfüllung dieser Zwecke erforderlich ist, errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet die Gesellschaft Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden, Gewerbebauten, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Sie ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder

sich an solchen zu beteiligen. Sie darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck dienlich sind.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter zum 31.12.2013	Anteile in €	Anteile in %
Landkreis Tübingen	309.400	28,33
Kreissparkasse Tübingen	277.680	25,42
Stadt Mössingen	216.320	19,81
Universitätsstadt Tübingen	111.800	10,24
Gemeinde Kirchentellinsfurt	46.800	4,28
Gemeinde Dußlingen	39.000	3,57
Gemeinde Bodelshausen	31.200	2,86
Gemeinde Dettenhausen	15.600	1,43
Gemeinde Nehren	10.400	0,95
Gemeinde Ofterdingen	7.800	0,71
Gemeinde Ammerbuch	5.200	0,48
Gemeinde Pliezhausen	5.200	0,48
Gemeinde Gomaringen	2.600	0,24
Gemeinde Hirrlingen	2.600	0,24
Gemeinde Kusterdingen	2.600	0,24
Gemeinde Neustetten	2.600	0,24
Stadt Rottenburg am Neckar	2.600	0,24
Gemeinde Starzach	2.600	0,24
Stammkapital Gesamt	1.092.000	100,00

Je 520 € eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme.

Besetzung der Organe

Organe

- Geschäftsführung
- Aufsichtsrat
- Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung

Geschäftsführer: Berthold Hartmann (seit 01.01.1987)
Nebenamtlicher Geschäftsführer: Werner Walz (seit 01.01.2009)

Aufsichtsrat

Vorsitzender: Joachim Walter, Landrat des Landkreises Tübingen
(seit 21.12.2005)

stellvertretende Vorsitzende: Michael Bulander, Oberbürgermeister der Stadt Mössingen
(seit 22.11.2011)

Dr. Christoph Gögler, Sparkassendirektor der Kreissparkasse
Tübingen (seit 22.11.2011)

Boris Palmer, Oberbürgermeister der Stadt Tübingen
(seit 08.11.2007)

Weitere Mitglieder:	Uwe Ganzenmüller, Bürgermeister der Gemeinde Bodelshausen (seit 20.09.2006)
	Thomas Hölsch, Bürgermeister der Gemeinde Dußlingen (seit 24.11.1995)
	Bernhard Knauss, Bürgermeister der Gemeinde Kirchentellinsfurt (seit 22.12.1981)
	Egon Betz, Bürgermeister der Gemeinde Nehren (seit 22.11.2011)
	Thomas Engesser, Bürgermeister der Gemeinde Dettenhausen (seit 22.11.2011)

Gesellschafterversammlung

→ Gesellschafter und Stimmenanteil siehe unter Beteiligungsverhältnisse.

Vorsitzender:	der Vorsitzende des Aufsichtsrats
Stellvertreter:	die stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats

Beteiligungen des Unternehmens

Die Kreisbaugesellschaft Tübingen mbH ist an keinen weiteren Unternehmen beteiligt.

Mitgliedschaften

- vbw Verband baden-württembergischer Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V., Stuttgart
- Vereinigung baden-württembergischer kommunaler Wohnungsunternehmen, Heidelberg
- Freundeskreis der Immobilienwirtschaft an der Hochschule Nürtingen-Geislingen
- Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V., Bonn

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Aus dem Bericht der Geschäftsführung:

Im Jahr 2013 hat die Kreisbau ihre Investitionen in Neubaumaßnahmen und den Gebäudebestand weiter intensiviert.

Die Errichtung der Neubaumaßnahmen verlief ohne Schwierigkeiten. Sowohl die 17 Eigentumswohnungen des II. Bauabschnitts in Mössingen auf dem Merz-Areal als auch die 5-gruppige Kindertagesstätte am Egeriaplatz in Tübingen (Alte Weberei) konnten termingerecht fertig gestellt werden. Die Eigentums- und geförderten Mietwohnungen am Egeriaplatz werden im Oktober 2014 an die Eigentümer bzw. Mieter übergeben.

In Dußlingen, Bahnhofstraße 11, direkt am Rathausplatz, wurde mit der Errichtung einer 2-gruppigen Kinderkrippe sowie Archivräumen für die Gemeinde Dußlingen, einer Gewerbeeinheit und 5 Eigentumswohnungen begonnen. In Bodelshausen an der Bachstrasse 1 entstehen neue Räumlichkeiten für den Polizeiposten, dazu 6 Eigentumswohnungen und 4 gewerbliche Einheiten. Die Errichtung der Neubaumaßnahmen erfolgte bisher planmäßig.

Vorbereitet werden darüber hinaus Neubaumaßnahmen in Dußlingen, Irusweg (27 Wohnungen), Gomaringen, Bahnhofstraße (Wohn- und Geschäftshaus), Kirchentellinsfurt, Äußerer Billinger Weg (26 Wohnungen), Mössingen, Bahnhofstraße 5 (Gesundheitszentrum) und Bahnhofstraße 11 (Wohn- und Geschäftshaus), Rottenburg, Spitalhof (37 Wohn- und Gewerbeeinheiten) und in Tübingen, Brahmweg 2-8 (28 Mietwohnungen).

<u>Wohnungsbestand</u>	2013	2012
Mieteinheiten	2110	2102
Gewerbliche Einheiten	27	29
Pflegeeinheiten	42	42
Wohn- und Nutzfläche insgesamt	146.132,70 m ²	145.511,79 m ²
Durchschnittliche Sollmiete	5,93 €/m ²	5,87 €/m ²
<u>Wohnungsfremdverwaltung</u>		
Wohnungen	419	419
Gewerbliche Einheiten	40	40
<u>Investitionsvolumen</u>		
Mietwohnungen Neubau	1.924.237,12 €	4.926.570,22 €
Eigentumswohnungen und Reihenhäuser Neubau	5.955.829,03 €	80.750,69 €
Sanierung	4.087.698,38 €	3.761.295,74 €
Instandhaltung	3.026.954,19 €	3.288.517,01 €
Gesamtinvestitionen	14.994.718,72 €	12.057.133,66 €

Zum 31.12.2013 umfasste der eigene Mietbestand der Gesellschaft 2.110 Mietwohnungen, 42 Pflege- und 27 gewerbliche Einheiten mit einer Wohn- und Nutzfläche von insgesamt 146.132,70 m². Zugegangen sind im Berichtsjahr 10 Wohnungen durch Dachgeschossausbauten. Aus dem Mietbestand wurden zwei Wohnungen verkauft.

Das Ziel der nachhaltigen Vermietung von Wohnungen, die den heutigen Ansprüchen der Mieter gerecht werden, konnte auch in 2013 weiter verfolgt werden. In 7 Häusern mit 36 Bestandswohnungen wurde die grundlegende Sanierung abgeschlossen.

Insgesamt 223 Wohnungen wurden im Berichtsjahr gekündigt (Vorjahr: 211). Ohne die Berücksichtigung von Vertragsumschreibungen (6), internen Umsetzungen (7) und sanierungsbedingten Umsetzungen (21) erfolgten 189 Wohnungswechsel, was einer Fluktuationsrate von 8,96 % (Vorjahr: 7,33 %) entspricht.

Die durchschnittliche monatliche Netto-Kaltmiete im Unternehmen beträgt zum 31.12.2013 5,93 € pro m² Wohnfläche (+2,07 %). Bei nicht preisgebundenen Wohnungen liegt sie bei 6,15 €/m² Wohnfläche (+1,99 %) und beim preisgebundenem Wohnungsbestand bei 5,20 €/m² (+1,76 %).

Bauträgertätigkeit

In 2012 wurde mit der Errichtung des Gebäudes Egeriaplatz in Tübingen mit 22 Wohnungen und einer Kindertagesstätte und mit dem zweiten Bauabschnitt des Merz-Areals mit insgesamt 17 Wohnungen und einer Praxis, aufgeteilt in 5 Gebäude, begonnen und bis heute teilweise bereits fertiggestellt.

Im Berichtsjahr wurde mit dem Bau der Bahnhofstr. 11 in Dußlingen (7 Wohnungen, 2 Gewerbeeinheiten und 1 Archivfläche) sowie mit der Bachgasse 1 in Bodelshausen (7 Wohnungen, 4 Gewerbeeinheiten und 1 Polizeiposten) begonnen.

Wohnungsfremdverwaltung

Insgesamt werden zum Jahresende 419 fremde Wohnungen (Vorjahr: 419), 40 gewerbliche Einheiten, 264 Garagen und 229 Pkw-Stellplätze verwaltet. Die Wirtschaftspläne und die Verwaltungsabrechnungen wurden ordnungsgemäß erstellt und die Eigentümerversammlungen fristgerecht durchgeführt.

Bauleistungen bis 31.12.2013 in Wohn- und Gewerbeeinheiten

Ort	Betreuungs- bauten	Eigentums- wohnungen	Kaufeigen- heime	Kleinsied- lungen	Miet- wohnungen	verkaufte Miet- wohnungen	Summe
Ammerbuch-Entringen		2			8		10
Ammerbuch-Pfäffingen	6				48		54
Ammerbuch-Poltringen			4				4
Bodelshausen	54		12		257		323
Dettenhausen	58	79	65		166		368
Dußlingen	8	19	24		176		227
Gomaringen	5	2	11		4		22
Gomaringen-Stockach	1						1
Hirrlingen		1			5		6
Kirchentellinsfurt	37	9	36		130		212
Kusterdingen	1		1				2
Kusterdingen-Mähringen			2				2
Kusterdingen-Wankheim	4		35		6		45
Mössingen	21	10	11		514	12	568
Mössingen-Öschingen	12		6		13		31
Mössingen-Talheim					14		14
Nehren	12		1		80	4	97
Neustetten-Remmingsheim					12		12
Offterdingen	2	6			44		52
Pliezhausen	4	25	11		30		70
Pliezhausen-Gniebel					1		1
Pliezhausen-Rübgarten	2						2
Rottenburg a. N	43	20	4		170		237
Rottenburg a. N.-Kiebingen			8		41		49
Rottenburg a. N.-Wurmlingen	7	12			6		25
Tübingen	177	162	306		330	3	978
Tübingen-Bebenhausen	6						6
Tübingen-Hagelloch	3						3
Tübingen-Hirschau	5		4		42		51
Tübingen-Kilchberg	1						1
Tübingen-Pfrondorf			8	79	44		131
Tübingen-Unterjesingen		19	2		33		54
Tübingen-Weilheim			5		7		12
Wannweil	1						1
Gesamt	470	366	556	79	2.181	19	3.671

Verlauf des letzten Geschäftsjahres

Grundzüge des Geschäftsverlaufs im Jahr 2013

Bilanz

Kreisbaugesellschaft Tübingen mbH	31.12.2013	31.12.2012
AKTIVA	EUR	EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte, sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	48.633,00	25.044,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	94.380.808,21	91.789.231,80
2. Grundstücke mit Geschäfts- und anderen Bauten	9.851.716,94	10.069.975,19
3. Grundstücke ohne Bauten	87.669,76	87.669,76
4. Technische Anlagen	942.721,00	1.009.423,00
5. Betriebs- und Geschäftsausstattung	366.989,00	430.652,12
6. Anlagen im Bau	0,00	2.321.572,18
7. Bauvorbereitungskosten	552.168,58	239.188,96
8. Geleistete Anzahlungen	375.489,48	375.489,48
	<u>106.557.562,97</u>	<u>106.323.202,49</u>
Anlagevermögen insgesamt	<u>106.606.195,97</u>	<u>106.348.246,49</u>
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und andere Vorräte		
1. Grundstücke ohne Bauten	758.647,76	757.039,54
2. Grundstücke mit unfertigen Bauten	9.731.351,24	58.200,37
3. Unfertige Leistungen	3.214.777,26	3.089.942,80
4. Andere Vorräte	279.144,38	226.248,11
5. Geleistete Anzahlungen	109.101,71	160.367,33
	<u>14.093.022,35</u>	<u>4.291.798,15</u>
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Vermietung	243.041,51	270.858,72
2. Forderungen aus Verkauf von Grundstücken	94.282,54	209.709,71
3. Forderungen aus Betreuungstätigkeit	9.713,19	10.748,32
4. Forderungen aus anderen Lieferungen und Leistungen	53.779,48	74.660,48
5. Sonstige Vermögensgegenstände	1.010.810,51	1.025.105,74
	<u>1.411.627,23</u>	<u>1.591.082,97</u>

Kreisbaugesellschaft Tübingen mbH	31.12.2013	31.12.2012
AKTIVA	EUR	EUR
III. Flüssige Mittel und Bausparguthaben		
1. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	653.658,55	320.430,30
2. Bausparguthaben	0,00	207.841,62
	653.658,55	528.271,92
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
1. Geldbeschaffungskosten	172.551,44	180.530,67
2. Andere Rechnungsabgrenzungsposten	76,69	113,63
	172.628,13	180.644,30
BILANZSUMME	122.937.132,23	112.940.043,83

Kreisbaugesellschaft Tübingen mbH	31.12.2013	31.12.2012
PASSIVA	EUR	EUR
A. EIGENKAPITAL		
I. Gezeichnetes Kapital	1.092.000,00	1.092.000,00
II. Gewinnrücklagen		
1. Gesellschaftsvertragliche Rücklagen	546.000,00	546.000,00
2. Bauerneuerungsrücklage	16.828.832,04	16.574.001,75
3. Andere Gewinnrücklagen	9.973.534,03	9.973.534,03
	27.348.366,07	27.093.535,78
III. Bilanzgewinn		
1. Jahresüberschuss	298.510,29	266.232,70
2. Einstellungen in Rücklagen	-254.830,29	-222.552,70
	43.680,00	43.680,00
Eigenkapital insgesamt	28.484.046,07	28.229.215,78
B. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Steuerrückstellungen	17.818,04	33.844,46
2. Sonstige Rückstellungen	425.680,00	1.078.100,00
	443.498,04	1.111.944,46
C. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	85.149.313,36	74.506.499,85
2. Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern	1.756.061,40	1.814.671,73
3. Erhaltene Anzahlungen	3.362.763,11	3.245.536,93
4. Verbindlichkeiten aus Vermietung	1.886.860,12	1.845.547,77
5. Verbindlichkeiten aus der Betreuungstätigkeit	125,86	0,00
6. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.183.305,40	1.578.624,76
7. Sonstige Verbindlichkeiten	553.220,72	560.762,01
	93.891.649,97	83.551.643,05
D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	117.938,15	47.240,54
BILANZSUMME	122.937.132,23	112.940.043,83

Gewinn- und Verlustrechnung

Kreisbaugesellschaft Tübingen mbH	2013 EUR	2012 EUR
Umsatzerlöse		
a) aus der Hausbewirtschaftung	13.674.255,27	13.173.407,90
b) aus Verkauf von Grundstücken	88.277,60	1.265.766,21
c) aus Betreuungstätigkeit	94.230,61	90.987,59
d) aus anderen Lieferungen und Leistungen	219.150,96	242.953,66
	14.075.914,44	14.773.115,36
Verminderung des Bestandes an zum Verkauf bestimmten Grundstücken mit fertigen und unfertigen Bauten sowie unfertigen Leistungen	7.361.157,24	-660.524,29
Andere aktivierte Eigenleistungen	135.140,00	75.407,80
Sonstige betrieblichen Erträge	647.524,99	684.713,34
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen		
a) Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	6.180.042,43	6.249.579,48
b) Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	7.166.435,46	181.092,82
c) Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	13.201,18	12.214,87
	13.359.679,07	6.442.887,17
Rohergebnis	8.860.057,60	8.429.825,04
Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	1.179.835,96	1.122.915,30
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	297.706,63	273.604,02
	1.477.542,59	1.396.519,32
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	3.553.196,62	3.255.436,91
Sonstige betriebliche Aufwendungen	658.773,03	565.680,61
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7.965,06	11.029,56
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.570.323,15	2.655.680,42
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	608.187,27	567.537,34
Steuern vom Einkommen und Ertrag	19.749,10	19.749,60
Sonstige Steuern	289.927,88	281.555,04
Jahresüberschuss	298.510,29	266.232,70
Entnahmen aus Gewinnrücklagen aus der Bauerneuerungsrücklage	0,00	0,00
Einstellungen in Gewinnrücklagen in die Bauerneuerungsrücklage	254.830,29	222.552,70
Bilanzgewinn	43.680,00	43.680,00

Lage des Unternehmens

Aus dem Lagebericht 2013:

Ertragslage

Der erzielte Jahresüberschuss belauft sich auf 298.510,29 € und liegt damit über dem Ergebnis des Vorjahres (266.232,70 €).

Die Umsatzerlöse sind in 2013 um 697.201 € auf 14,08 Mio. € gesunken. Die Umsätze aus der Hausbewirtschaftung in Höhe von 13,67 Mio. € haben sich um 0,5 Mio. € infolge von Mieterhöhungen und Neuvermietungen erhöht. Die Umsatzerlöse aus der Bauträgereigentätigkeit sind von 1,27 Mio. € auf 88.300 € gesunken. Im Vorjahr konnten die Wohnungen in der Doblerstraße in Tübingen verkauft werden. Im Berichtsjahr wurden lediglich zwei Wohnungen aus dem Bestand verkauft.

Die Ertragslage der Gesellschaft ist geordnet.

Finanz- und Vermögenslage

Die Bilanzsumme des Jahres 2013 hat sich um 10 Mio. € oder 8,85 % auf 122,94 Mio. € erhöht. Diese Erhöhung der Bilanzsumme ist in erster Linie auf die vielfältige Investitionstätigkeit in den Gebäudebestand der Gesellschaft zurückzuführen. Daraus resultiert ein Anstieg des Anlagevermögens auf 106,61 Mio. € (Vorjahr 106,35 Mio. €) was einer Anlageintensität von 86,72 % entspricht und typisch für im Wesentlichen bestandsverwaltende Wohnungsunternehmen ist. Den aktivierten Investitionskosten stehen Abschreibungen in Höhe von 3,37 Mio. € entgegen.

Das Eigenkapital der Gesellschaft erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 254.830,29 €. Es umfasst einen Anteil von 23,17 % der Bilanzsumme (im Vorjahr 25 %). Der Rückgang der Eigenkapitalquote ist auf die zum Vorjahr deutlich gestiegene Bilanzsumme zurückzuführen.

Die Kosten der Neubautätigkeit in eigener Bauherrschaft sind gegenüber dem Vorjahr um 2,87 Mio. € auf 7,88 Mio. € gestiegen, davon für den Neubau von eigenen Mietwohnungen 1,92 Mio. €. Im Berichtsjahr ist der größte Teil der neuen Mietwohnungen durch Dachgeschossausbauten im Rahmen der Sanierung von Bestandsgebäuden entstanden.

Die Investitionen in den Wohnungsbestand sind eine Kernaufgabe der Gesellschaft. Sie sichern die Attraktivität und damit die Vermietbarkeit der Wohnungen. In 2013 wurden 3,03 Mio. € (Vorjahr 3,29 Mio. €) für die laufende Instandhaltung aufgewendet. Davon betreffen 0,19 Mio. € Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung, zudem wurden 4,09 Mio. € (Vorjahr 3,76 Mio. €) in die Generalsanierung bzw. in den Ausbau von Dachgeschossen investiert.

Die Gesamtinvestitionen umfassen 14,99 Mio. € (einschließlich Bauträgereigentätigkeiten) und liegen um rund 2,9 Mio. € über denen des Vorjahres. Da die Aufträge fast ausschließlich an Unternehmen und Handwerksbetriebe in der Region erteilt werden, leistet die Kreisbau damit einen erheblichen Beitrag für die Wirtschaft und das Handwerk in unserer Region.

Bestritten werden die Investitionen über Eigenmittel und Fremdfinanzierungsmittel, die an den Kapitalmärkten durch die Gesellschaft beschaffbar sind. Damit war und ist die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens jederzeit gewährleistet.

Die Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet.

Nachtragsbericht

Durch Verzögerungen, bzw. Verschiebungen bei der Umsetzung des vom Aufsichtsrat beschlossenen Sanierungsprogramm 2011-2013 ist mit geeigneten Maßnahmen der Entwicklung der wirtschaftlichen Kennzahlen entgegenzuwirken. Aus diesem Grund werden einige Sanierungsmaß-

nahmen aus dem Sanierungsprogramm 2014-2016 um einige wenige Jahre verschoben. Dies betrifft die Sanierung von ca. 100 Wohnungen, was jedoch für die Kreisbau nicht besonders nachteilig ist, da sich der Sanierungsstand auf einem ohnehin überdurchschnittlich hohen Niveau befindet.

Kapitalzuführungen und -entnahmen

Das Eigenkapital ist um den erzielten Jahresüberschuss in Höhe von 298.510,29 € (Vorjahr 266.232,70 €) abzüglich der erfolgten Dividendenausschüttung in Höhe von 43.680 €, also um insgesamt 254.830,29 € (Vorjahr 222.552,70 €) angestiegen.

An den Landkreis Tübingen wurde auch 2013 wieder eine Dividende in Höhe von 12.376 € (4 % des eingezahlten Stammkapitals) gezahlt.

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer

Zum 31.12.2013 waren insgesamt 29 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, darunter ein hauptamtlicher und ein nebenamtlicher Geschäftsführer, 7 Teilzeitkräfte, durchschnittlich 2 Auszubildende, 63 nebenberufliche Hauswarte sowie 2 geringfügige kaufmännische Mitarbeiter beschäftigt.

Stand 31.12.2013	2013	2012
Hauptamtlicher Geschäftsführer	1	1
Nebenamtlicher Geschäftsführer	1	1
Mitarbeiter Vollzeit	17	15
Hausmeister in Vollzeit	1	1
Teilzeitkräfte	7	7
Auszubildende	2	2
Insgesamt	29	27

Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage *

Kennzahlen zur Vermögenslage	2013	2012
Anlagenintensität		
Anlagevermögen (AV)	106.606.195,97 €	106.348.246,49 €
Gesamtvermögen (GV)	122.937.132,23 €	112.940.043,83 €
Verhältnis AV : GV in %	86,72 %	94,16 %
Umlaufintensität		
Umlaufvermögen (UV)	16.330.936,26 €	6.591.797,34 €
Gesamtvermögen (GV)	122.937.132,23 €	112.940.043,83 €
Verhältnis UV : GV in %	13,28 %	5,84 %
Kennzahlen zur Finanzlage		
Eigenkapitalquote		
Eigenkapital (EK)	28.484.046,07 €	28.229.215,78 €
Gesamtkapital (GK)	122.937.132,23 €	112.940.043,83 €
Verhältnis EK : GK in %	23,17 %	24,99 %
Fremdkapitalquote		
Fremdkapital (FK)	94.453.086,16 €	84.710.828,05 €
Gesamtkapital (GK)	122.937.132,23 €	112.940.043,83 €
Verhältnis FK : GK in %	76,83 %	75,01 %

* Beschreibung der Kennzahlen im Anhang unter Punkt V.

Kennzahlen zur Finanzlage	2013	2012
---------------------------	------	------

Verschuldungsgrad

Fremdkapital (FK)	94.453.086,16 €	84.710.828,05 €
Eigenkapital (EK)	28.484.046,07 €	28.229.215,78 €
Verhältnis FK : EK in %	331,60 %	300,08 %

Anlagendeckungsgrad I

Eigenkapital (EK)	28.484.046,07 €	28.229.215,78 €
Anlagevermögen (AV)	106.606.195,97 €	106.348.246,49 €
Verhältnis EK : AV in %	26,72 %	26,54 %

Kennzahlen zur Ertragslage	2013	2012
----------------------------	------	------

Umsatzrentabilität

Jahresüberschuss/-fehlbetrag	298.510,29 €	266.232,70 €
Umsatzerlöse (UE)	14.075.914,44 €	14.773.115,36 €
Verhältnis Jahresüberschuss/-fehlbetrag : UE in %	2,12 %	1,80 %

Eigenkapitalrentabilität

Jahresüberschuss/-fehlbetrag	298.510,29 €	266.232,70 €
Eigenkapital (EK)	28.484.046,07 €	28.229.215,78 €
Verhältnis Jahresüberschuss/-fehlbetrag : EK in %	1,05 %	0,94 %

Kostendeckung

Umsatzerlöse (UE)	14.075.914,44 €	14.773.115,36 €
Gesamtaufwand (GA)	21.929.191,44 €	15.278.033,36 €
Verhältnis UE : GA in %	64,19 %	96,70 %

Kennzahlen zum Personal	2013	2012
-------------------------	------	------

Personalintensität

Personalaufwand (PA)	1.477.542,59 €	1.396.519,32 €
Gesamtaufwand (GA)	21.929.191,44 €	15.278.033,36 €
Verhältnis PA : GA in %	6,74 %	9,14 %

Wohnungswirtschaftliche Kennzahlen	2013	2012
------------------------------------	------	------

Eigener Mietwohnungsbestand

Wohnungen	2.110	2.102
Gewerbliche Einheiten	27	29
Garagen/Tiefgaragenstellplätze	916	917
Wohn- und Nutzfläche (m ²)	146.133	145.512
Durchschnittliche Sollmiete/m ² p.m. (€)	5,93	5,87

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats

Hinsichtlich der Angabe der Geschäftsführerbezüge wird von der Schutzklausel gem. § 286 Abs.4 HGB Gebrauch gemacht. Die Bezüge des Aufsichtsrats belaufen sich auf 10.185,00 €.

Verkehrsverbund Neckar-Alb-Donau GmbH (naldo)



Unternehmensdaten

Firmenname:	Verkehrsverbund Neckar-Alb-Donau GmbH (naldo)
Anschrift:	naldo Verkehrsverbund Neckar-Alb-Donau GmbH Tübinger Straße 14 72379 Hechingen
	Telefon: 07471/930 196 0 Telefax: 07471/930 196 20 E-Mail: verkehrsverbund@naldo.de www.naldo.de oder www.naldoland.de
Gründung:	20.12.2000 (Start am 01.01.2002)
Gesellschaftsvertrag:	20.12.2000, geändert am 01.09.2004
Stammkapital:	40.000 €
Handelsregistereintrag:	Amtsgericht Stuttgart HRB 420875, 19.02.2001
Prüfungsgesellschaft:	PKF Industrie- und Verkehrstreuhand GmbH

Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Einführung eines Tarif- und Verkehrsverbundes im Gebiet der Landkreise Reutlingen, Sigmaringen, Tübingen und Zollernalbkreis und die Verbesserung des ÖPNV einschließlich Schienenpersonennahverkehr in diesen Landkreisen.

Die Gesellschaft nimmt insbesondere folgende Aufgaben wahr:

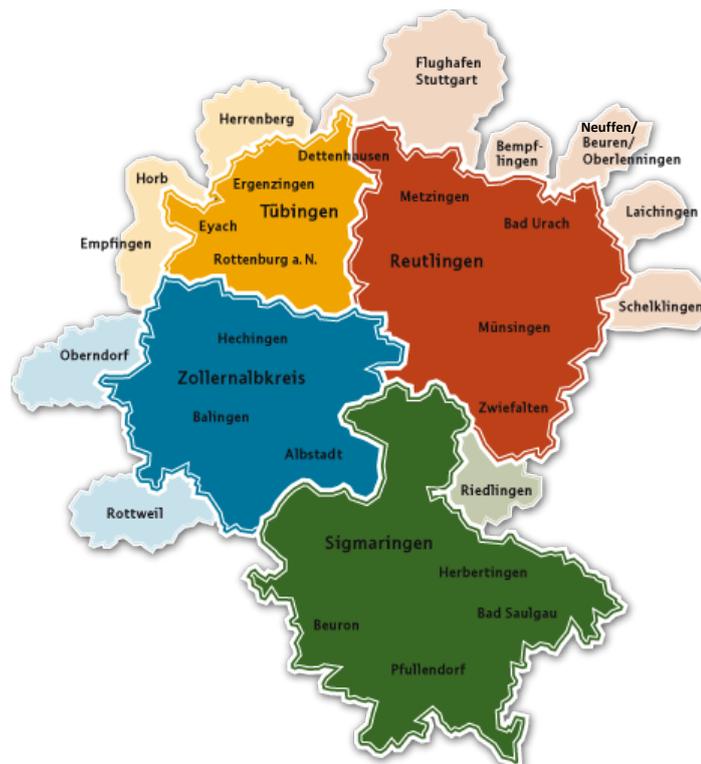
- Unterstützung der Landkreise bei der Änderung und Ergänzung der gesetzlich vorgeschriebenen Nahverkehrspläne;
- Koordination des ÖPNV im Verbundgebiet;
- Fortschreibung des Verbundtarifes und der Beförderungsbedingungen;
- Rahmenplanung des Liniennetzes;
- Entwicklung und Fortschreibung von Fahrplankonzepten;
- Abschluss eines Einnahmezuscheidungsvertrages und eines Einnahmearbeitungsvertrages, Durchführung der Einnahmearbeitung sowie Abwicklung der Verbundfinanzierung;
- Abschluss von Zusammenarbeitsverträgen mit den Verkehrsunternehmen;
- Erstellung von Verkehrsanalysen und Entwicklung von Verkehrsplanung, Konzeption von Betriebstechnologien und Technik, umweltfreundliche Gestaltung;
- Fahrgastinformation, Marketing und Öffentlichkeitsarbeit für den Verbundverkehr.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar und mittelbar gefördert werden kann. Sie kann zur Erfüllung ihrer Aufgaben Interessengemeinschaften beitreten und Kooperationsabkommen mit Verkehrsunternehmen, Verbundgesellschaften, Verkehrs- und Tarifgemeinschaften und vergleichbaren Einrichtungen schließen,

Die Gesellschaft wirkt gegenüber ihren Gesellschaftern und deren Verkehrsunternehmen betriebs-, interessen- und wettbewerbsneutral.

Die Gesellschaft wird die betriebliche Zusammenarbeit der Gesellschafter fördern.

Verbundgebiet:



Der Verkehrsverbund Neckar-Alb-Donau, kurz naldo, ist ein Zusammenschluss der Landkreise Reutlingen, Sigmaringen, Tübingen und des Zollernalbkreises sowie der Verkehrsunternehmen der Region für den Öffentlichen Personennahverkehr. Seit 2002 gibt es den naldo-Tarif und somit einen einheitlichen Fahrschein, der bei allen 46 Verkehrsunternehmen der Region anerkannt und verkauft wird.

Das Verbundgebiet umfasst 3.700 km² und erreicht rund 800.000 Einwohner. 13 Eisenbahnlinien und 260 Buslinien mit ca. 2.400 Haltestellen sind im Verbund integriert. In den letzten Jahren wurden zudem verbundüberschreitende Kooperationen mit sechs Nachbarverbänden in neun Landkreisen geschlossen.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter bis zum 31.12.2013	Stammkapital	
	€	in %
Landkreis Reutlingen	5.000	12,50
Landkreis Sigmaringen	5.000	12,50
Landkreis Tübingen	5.000	12,50
Zollernalbkreis	4.800	12,00
Landkreis Rottweil	200	0,50
Zweckverband ÖPNV im Ammertal (ZÖA)	600	1,50
DB ZugBus Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH (RAB)	8.400	21,00
Hohenzollerische Landesbahn AG (HzL)	3.000	7,50
Regionalverkehr Neckar-Donau GmbH (RND)	2.900	7,25
Reutlinger Stadtverkehrsgesellschaft mbH & Co. KG (RSV)	2.400	6,00
Stadtwerke Tübingen GmbH (SWT)	1.800	4,50
Omnibus-Verkehr Ruoff GmbH (WEG)	300	0,75
Stadt Rottenburg	200	0,50
Kreisverkehrsbetriebe Sigmaringen	400	1,00
Summe	40.000	100,00

Je 50 € eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme.

Besetzung der Organe

Organe

- Geschäftsführung
- Aufsichtsrat
- Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung

Geschäftsführer: Dieter Pfeffer, Balingen

Aufsichtsrat

naldo-Aufsichtsrat	
Landkreise:	Verkehrsunternehmen:
Reutlingen	DB ZugBus Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH
Sigmaringen	HzL Hohenzollerische Landesbahn AG
Tübingen	Regionalverkehr Neckar-Donau GmbH (Zusammenschluss 26 privater Busunternehmen)
Zollernalbkreis	Reutlinger Stadtverkehrsgesellschaft mbH Hogenmüller & Kull Co. KG
	Stadtwerke Tübingen GmbH
Land Baden Württemberg	

17 stimmberechtigte Mitglieder:

- 4 Landräte
- je Landkreis 1 weiterer Vertreter
- 1 Vertreter des Landes Baden-Württemberg
- 3 Vertreter der RAB
- 2 Vertreter der RND
- 1 Vertreter der HzL
- 1 Vertreter der RSV
- 1 Vertreter der SWT

Dem Aufsichtsrat gehören im Berichtsjahr an:**Vorsitzender:** Thomas Reumann, Landrat des Landkreises Reutlingen**Stellvertretender Vorsitzender:** Andreas Pfingst, Geschäftsführer bei der DB ZugBus Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH (RAB), Ulm**Weitere Mitglieder:**

- Frank Bühler (Betriebswirt), Herbertingen
- Peter Dittus (Angestellter im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur Baden-Württemberg), Stuttgart
- Dirk Gaerte (Landrat des Landkreises Sigmaringen)
- Dr. Walter Gerstner (Vorstand der Hohenzollerischen Landesbahn AG [HzL] (ab 07.05.2013)
- Wolfgang Groß (Geschäftsführer der Omnibus Groß GmbH, Rottenburg)
- Gerd Hickmann (Nahverkehrsberater), Tübingen
- Mark Hogenmüller (Geschäftsführer der Reutlinger Stadtverkehrsgesellschaft mbH Hogenmüller & Kull Co. [RSV], Reutlingen)
- Ulrike Hotz (Erste Bürgermeisterin), Reutlingen
- Theo Maas (Geschäftsführer der Gebr. Maas GmbH & Co. KG, Balingen)
- Dr. Edmund Merkel (Oberbürgermeister i. R.), Balingen
- Johannes Müller (Vorstand der Hohenzollerische Landesbahn AG [HzL], Hechingen) (bis 06.05.2013)
- Günther-Martin Pauli (Landrat des Zollernalbkreises), Balingen
- Michael Schettler (Niederlassungsleiter bei der DB ZugBus Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH [RAB], Ulm), Tübingen
- Dieter Unseld (Leiter Geschäftsfeld Bus der DB ZugBus Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH [RAB], Ulm)
- Joachim Walter (Landrat des Landkreises Tübingen)
- Ortwin Wiebecke (Geschäftsführer der Stadtwerke Tübingen GmbH [SWT], Tübingen)

Gesellschafterversammlung

→ Gesellschafter und Stimmenanteil siehe unter Beteiligungsverhältnisse.

Vorsitzender: der Vorsitzende des Aufsichtsrats**Stellvertreter:** der stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats**Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens**

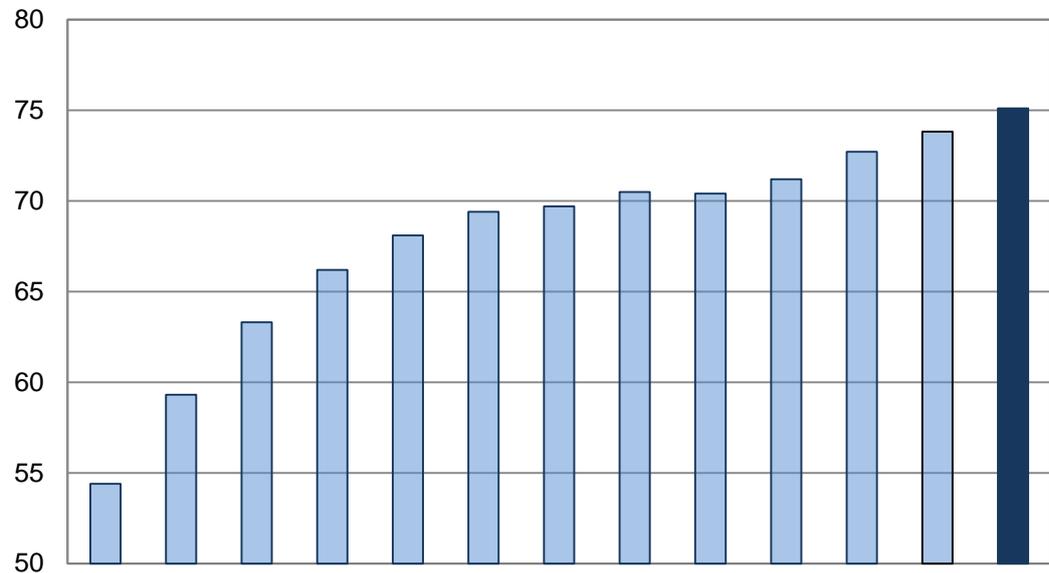
Der Gegenstand des Unternehmens ist eine öffentliche Aufgabe vgl. § 1 Regionalisierungsgesetz: Die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr ist eine Aufgabe der Daseinsvorsorge. Träger dieser freiwilligen Aufgaben sind die Stadt- und Landkreise (vgl. § 6 Abs. 1 ÖPNV-Gesetz).

Auch in diesem Verbundjahr konnte naldo die Zahl der beförderten Personen weiter steigern (vgl. hierzu Tabelle Seite 38).

Zum 01.01.2013 wurde der naldo-Tarif um durchschnittlich 4,3 Prozent erhöht. Wie der gesamte Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist insbesondere der Tarif wesentlich von öffentlichen Zuschüssen geprägt. Um vor allem die seit Jahren gedeckelten und gekürzten Zuschüsse des Landes ausgleichen zu können, musste der naldo-Tarif deutlich über die Kostensteigerungen (Personal, Fahrzeuge usw.) hinaus erhöht werden. Dennoch konnte nur rund die Hälfte der tatsächlichen Unterdeckung über die Tarifierhöhung ausgeglichen werden.

Beförderte Personen – Gesamtverkehr

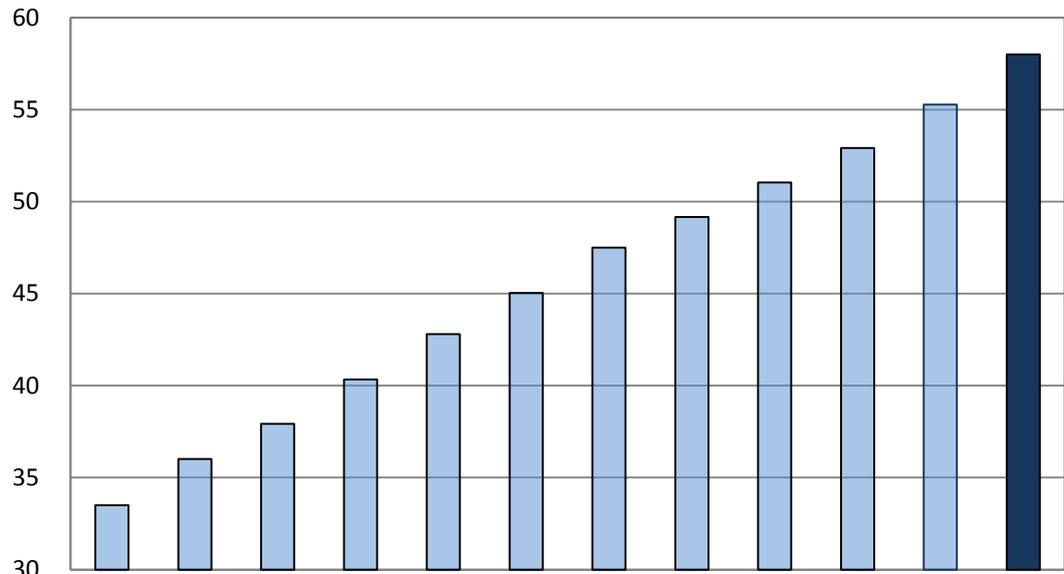
Mio. Personen



	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Gesamtverkehr Mio.	54,4	59,3	63,3	66,2	68,1	69,4	69,7	70,5	70,4	71,2	72,7	73,8	75,1
Veränderung zum VJ	%	9,0	6,7	4,6	2,9	1,9	0,4	1,1	-0,1	1,1	2,1	1,5	1,8

Fahrgeldeinnahmen – Gesamtverkehr

Mio. €



	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Gesamtverkehr Mio. €	33,495	36,014	37,930	40,335	42,799	45,033	47,509	49,170	51,044	52,920	55,276	58,001
Veränderung zum VJ	%	7,5	5,3	6,3	6,1	5,2	5,5	3,5	3,8	3,7	4,5	5,0

Im Jahr 2013 gab es insbesondere folgende Neuerungen und Projekte:

- **Preisliche Differenzierung beim naldo-Jahres-Abo**

Ab dem 01. Januar 2013 wurde der Zusatznutzen des naldo-Jahres-Abos konsequent getrennt. Seitdem gibt es ein günstigeres persönliches Jahres-Abo, das keine Mitnahmeregelung abends und am Wochenende und nur eine Mobilitätsgarantie bis max. 35 € Taxikosten enthält. Im Gegenzug dazu gibt es ein höherpreisiges übertragbares Jahres-Abo, mit dem man weiterhin bis zu vier Personen abends und am Wochenende mitnehmen kann und bei dem man bis zu 50 € Taxikosten im Rahmen der Mobilitätsgarantie geltend machen kann. Der Anteil der persönlichen Abos hatte sich 2013 um 7 % auf 29 % erhöht. Insgesamt nutzten 10.910 Fahrgäste die Vorteile der Abos, das sind 408 (3,9 %) mehr als im Vorjahr.

- **Job Ticket**

Am 01.01.2012 wurde das neue naldo-Job-Ticket eingeführt, das mit Rabatt an Beschäftigte ausgegeben wird, deren Unternehmen/Behörde einen entsprechenden Vertrag mit naldo abschließt. 2012 wurden für 23 neue Unternehmen und 2013 für fünf weitere Unternehmen Verträge abgeschlossen.

Die Anzahl der durchschnittlich im Jahr laufenden Job-Tickets hat sich prächtig entwickelt: 2012 nutzten 100 Personen (+6 %) und 2013 weitere 519 Personen (+30 %) zusätzlich das Job-Ticket.

- **MetropolTagesTicket**

Der Erfolg des MetropolTagesTickets (MTT) war im ersten Jahr gleich so groß, sodass keine öffentlichen Zuschüsse benötigt wurden. Im Jahr 2013 startete das MTT in sein zweites Jahr. Es kostet 19,50 € pro Person und erhöht sich bei jeder weiteren Person um 4 €. Zusätzlich gibt es für attraktive Ausflugsziele vergünstigte Konditionen, wenn man mit dem MetropolTagesTicket anreist.

Im naldo verkaufte MTT:

2012: 44.817

2013: 58.029

- **Mit naldo kostenlos zur neuen Stadthalle Reutlingen**

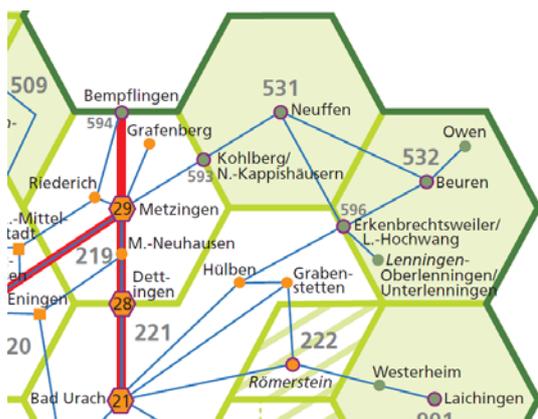
Die neue Stadthalle Reutlingen liegt ÖPNV-freundlich direkt neben dem Busbahnhof „Stadtmitte“. Besucher können zu den vielfältigen kulturellen Veranstaltungen kostenlos mit Bus und Bahn anreisen, da für einen Großteil der Veranstaltungen die Eintrittskarte auch als naldo-Fahrausweis (Kombi-Ticket) für das gesamte naldo-Verbundgebiet gilt.

- **Tarifausdehnung nach Owen (VVS)**

Die Linie 199 enthält zwischenzeitlich einige Fahrten zwischen Beuren und der – ebenfalls im Landkreis Esslingen (VVS) liegenden – Nachbarstadt Owen; teilweise ohne Umstieg ab/bis Metzingen.

Bei der bisherigen „Freizeitbus“- Linie 191 wird das Fahrplanangebot neu strukturiert und deutlich erweitert.

Owen wurde im naldo-Wabenplan in die Wabe 532 („Beuren“) integriert.



- **Einführung des innovativen Handyticket „Touch&Travel“**
Touch&Travel ist das erste Handyticket im naldo. Gleichzeitig gehört naldo zu den ersten Verbänden in Baden-Württemberg, die Touch&Travel für den Verbundtarif einführen. Mit Touch&Travel wird das Smartphone kurzerhand zum Ticket. Kein Anstehen beim Fahrkartenaufkauf, kein Auswählen des günstigsten Fahrscheins oder Suchen nach Kleingeld. Für die Gelegenheitskunden bietet Touch&Travel eine schnelle und unkomplizierte Ticket-Lösung für eine Bahnfahrt im naldo und dem Nachverkehr bis Stuttgart an und es integriert den Fernverkehr der Deutschen Bahn AG.
- **naldo kooperierte mit der Gartenschau Sigmaringen**
naldo hat die Gartenschau im Marketing unterstützt, war zweimal mit dem naldo-Stand vor Ort und hat den Fahrgästen einen verbilligten Eintritt ermöglicht.
- **Flexibel mobil mit Bus, Bahn und teilAuto**
Unter dem Motto „So mobil, wie ich es will“ wurde die Kooperation von naldo und dem Carsharing-Anbieter teilAuto intensiviert. Bus und Bahn kombiniert mit teilAuto kann in vielen Lebenslagen mobil machen und viel Geld sparen.
- Die **Barrierefreiheit im Bus** wurde erstmals im Fahrplan und der EFA gekennzeichnet. Alle Linien die durchgängig mit Niederflurbussen mit Klapprampe angeboten werden, erhielten das Kennzeichen.
- **Aktuelle Info´s mit dem naldo-Newsletter**
Der Fahrplan-Abo-Service wurde zum 15. Oktober 2013 abgeschaltet. Dafür soll mit dem elektronischen naldo-Newsletter 8-10 mal im Jahr zielgerichtet und umfassender informiert werden.

Verlauf des letzten Geschäftsjahres
--

Grundzüge des Geschäftsverlaufs im Jahr 2013

Bilanz

Verkehrsverbund Neckar-Alb-Donau GmbH (naldo)	31.12.2013	31.12.2012
AKTIVA	EUR	EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	14.684,00	34.656,00
II. Sachanlagen		
1. Andere Anlagen, Betriebs- u. Geschäftsausstattung	17.733,00	6.861,00
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
1. Waren	0,00	7.693,78
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.097,38	1.588,05
2. Sonstige Vermögensgegenstände	29.149,83	19.318,71
	30.247,21	20.906,76
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	824.844,02	648.069,45
BILANZSUMME	887.508,23	718.186,99

Verkehrsverbund Neckar-Alb-Donau GmbH (naldo)	31.12.2013	31.12.2012
PASSIVA	EUR	EUR
A. EIGENKAPITAL		
I. Gezeichnetes Kapital	40.000,00	40.000,00
B. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Sonstige Rückstellungen	215.644,77	191.545,52
C. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	50.684,66	20.998,70
2. Sonstige Verbindlichkeiten	16.158,65	10.117,76
	66.843,31	31.116,46
D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	565.020,15	455.525,01
BILANZSUMME	887.508,23	718.186,99

Gewinn- und Verlustrechnung

Verkehrsverbund Neckar-Alb-Donau GmbH (naldo)	2013 EUR	2012 EUR
1. Zuschüsse	1.198.354,41	1.162.546,13
2. Sonstige betrieblichen Erträge	47.719,27	41.480,80
3. Materialaufwand		
Aufwendungen für bezogene Waren	77.963,25	69.957,17
4. Personalaufwand		
a) Gehälter	468.497,49	454.579,51
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	90.584,38	86.407,20
	559.081,87	540.986,71
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	26.582,24	47.777,83
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	579.670,06	545.976,37
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5.037,74	7.231,90
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7.672,00	6.267,75
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	142,00	293,00
10. Sonstige Steuern	142,00	293,00
11. Jahresüberschuss	0,00	0,00

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer

Während des Geschäftsjahres waren durchschnittlich neun Angestellte beschäftigt (wie im Vorjahr).

Standortagentur Tübingen-Reutlingen-Zollernalb GmbH



Zukunft – wir haben schon mal angefangen.

Unternehmensdaten

Firmenname:	Standortagentur Tübingen - Reutlingen - Zollernalb GmbH
Anschrift:	Standortagentur Tübingen - Reutlingen - Zollernalb GmbH Hindenburgstr. 54 72762 Reutlingen
	Telefon: 07121/201-180 Telefax: 07121/201-4180 E-Mail: info@neckaralb.de www.neckaralb.de
Gründung:	19.12.2003
Gesellschaftsvertrag:	19.12.2003, aktuell gültige Fassung vom 08.07.2010
Stammkapital:	52.850 € (bei der Gründung 50.000 €)
Handelsregistereintrag:	Amtsgericht Stuttgart HRB 354347, 07.04.2004
Prüfungsgesellschaft:	RWS Treuhand GmbH & Co. KG, Balingen (Frommern)

Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist im Rahmen der kommunalen Aufgabenerfüllung die Entwicklung, Bündelung und Durchführung von Maßnahmen des Standortmarketings für die Region Neckar-Alb zur Stärkung der Region Neckar-Alb, insbesondere innerhalb der Europäischen Metropolregion Stuttgart. Zum Unternehmensgegenstand gehören sämtliche damit zusammenhängenden und den Gesellschaftszweck fördernden Geschäfte.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital		Stimmanteile Gesellschafterversammlung 1 Stimme je 10 €
	in €	in %	
Industrie- und Handelskammer Reutlingen	12.700,00	24,02	1.270
Handwerkskammer Reutlingen	7.600,00	14,38	760
Stadt Reutlingen	3.600,00	6,81	360
Landkreis Reutlingen	3.550,00	6,72	355

Gesellschafter	Stammkapital		Stimmanteile Gesellschafterversammlung 1 Stimme je 10 €
	in €	in %	
Landkreis Tübingen	3.550,00	6,72	355
Zollernalbkreis	3.550,00	6,72	355
Regionalverband Neckar-Alb	3.450,00	6,52	345
Stadt Tübingen	2.700,00	5,11	270
Stadt Albstadt	1.500,00	2,84	150
Stadt Rottenburg	1.350,00	2,55	135
Stadt Balingen	1.050,00	1,99	105
Stadt Metzingen	750,00	1,42	75
Stadt Hechingen	600,00	1,15	60
Stadt Mössingen	600,00	1,15	60
Stadt Pfullingen	600,00	1,15	60
Stadt Münsingen	450,00	0,85	45
Gemeinde Ammerbuch	450,00	0,85	45
Stadt Haigerloch	450,00	0,85	45
Gemeinde Eningen u.A.	450,00	0,85	45
Stadt Bad Urach	450,00	0,85	45
Gemeinde Pliezhausen	300,00	0,57	30
Gemeinde Kusterdingen	300,00	0,57	30
Gemeinde Gomaringen	300,00	0,57	30
Gemeinde Bodelshausen	300,00	0,57	30
Gemeinde Engstingen	300,00	0,57	30
Stadt Geislingen	300,00	0,57	30
Gemeinde Wannweil	150,00	0,28	15
Gemeinde Dußlingen	150,00	0,28	15
Gemeinde Walddorfhäslach	150,00	0,28	15
Gemeinde Schömberg	150,00	0,28	15
Gemeinde Riederich	150,00	0,28	15
Gemeinde Starzach	150,00	0,28	15
Gemeinde Römerstein	150,00	0,28	15
Gemeinde Hülben	150,00	0,28	15
Gemeinde Grafenberg	150,00	0,28	15
Gemeinde Grabenstetten	150,00	0,28	15
Gemeinde Hausen am Tann	150,00	0,28	15
Summe	52.850,00	100,00	5.285

Im Vergleich zu 2012 gab es keine Veränderungen.

Besetzung der Organe

Organe

- Geschäftsführer
- Gesellschafterversammlung
- Aufsichtsrat

Geschäftsführung

Geschäftsführer:

Dr. Wolfgang Epp, Hauptgeschäftsführer der IHK Reutlingen

Aufsichtsrat

Aufsichtsratsvorsitzende: Oberbürgermeisterin Barbara Bosch, Reutlingen
Stellvertreter: Christian O. Erbe (IHK)

Der Aufsichtsrat und seine Vertreter für die Wahlperiode 19.04.2012 bis 19.04.2016:

	Mitglied	Vertreter
Handwerkskammer	Alfred Bouß	Rainer Neth
Handwerkskammer	Harald Herrmann	Bernd Heusel
Industrie- und Handelskammer	Eva-Maria Rühle	Daniela Eberspächer-Roth
Industrie- und Handelskammer	Markus Schmid	Eugen Schäufele
Industrie- und Handelskammer	Eberhard Reiff	Dr. Thomas Lindner
Industrie- und Handelskammer	Christian O. Erbe	Prof. Dr. Bernd Engler
Industrie- und Handelskammer	Wolfgang Bauer	Prof. Dr. Hendrik Brumme
Industrie- und Handelskammer	Andreas Wilhelm Kraut	Johannes Schwörer
Stadt Reutlingen	Barbara Bosch	Alexander Kreher
Stadt Tübingen	Boris Palmer	Thorsten Flink
Landkreis Reutlingen	Thomas Reumann	Gerd Pflumm
Landkreis Tübingen	Joachim Walter	Hans-Erich Messner
Landkreis Zollernalb	Günther-Martin Pauli	Matthias Frankenberg
Regionalverband Neckar-Alb	Eugen Höschele	Holger Dembek
Zollernalbkreis	Dr. Jürgen Gneveckow	Karl-Josef Sprenger
Zollernalbkreis	Dorothea Bachmann	Helmut Reitemann
Landkreis Reutlingen	Rudolf Heß	Alexander Schweizer
Landkreis Reutlingen	Dietmar Bez	Mike Münzing
Landkreis Tübingen	Stephan Neher	Michael Bulander
Landkreis Tübingen	Thomas Hölsch	Friedrich Freiherr von Ow-Wachendorf

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung besteht aus 31 Städten und Gemeinden der Landkreise Tübingen, Reutlingen und Zollernalb sowie den Landkreisen Tübingen, Reutlingen und Zollernalb, dem Regionalverband Neckar-Alb, der Handwerkskammer Reutlingen und der Industrie- und Handelskammer Reutlingen.

→ Gesellschafter und Stimmenanteil siehe unter Beteiligungsverhältnisse.

Vorsitzender: der Vorsitzende des Aufsichtsrats
Stellvertreter: der stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Die Standortagentur hat sich das Marketing für die gesamte Region zum Ziel gesetzt, ohne das Subsidiaritätsprinzip zu verletzen und in Konkurrenz zu kommunalen Maßnahmen des Standortmarketings bzw. der Wirtschaftsförderung zu treten. Mit Marketing- und Werbe-Maßnahmen und einem informativen und ansprechenden Internetportal sollen die Stärken der Region bekannter gemacht werden. Zur Darstellung des regionalen Bildungsangebots wurde ein Bildungsportal geschaffen. Die Region sieht ihre Stärken in Wirtschaft, Wissenschaft, Landschaft.

Mit diesen drei Begriffen wird auch geworben. Im Mittelpunkt stehen die regionalen Schwerpunktbranchen Textilien/Technische Textilien, Medizintechnik, Biotechnologie, Automotive, Holz und Erneuerbare Energie, Maschinenbau und Zukunftsthemen wie E-Mobilität. Es sollen Kooperationen, Investitionen und Informationsaustausch gefördert und somit die Wirtschaftskraft der Region gesteigert werden. Angesprochen werden nicht nur potentielle Investoren aus dem In- und Ausland, sondern ebenso qualifizierte Fach- und Führungskräfte und junge Familien.

Projekte 2013:

- **Internetportale**

Die beiden Homepages wurden auch 2013 unverändert betrieben.

- www.neckaralb.de – Homepage der Standortagentur
- www.bildungsportal-neckaralb.de – Homepage des Bildungsportals

Beide Seiten konnten im Jahr 2013 15.790 Besucher registrieren, davon wurden über das Werbesystem Google AdWords 3.532 Aufrufe generiert.

Die Besucher der Seiten kamen aus 85 verschiedenen Ländern. Die meisten Besucher kamen aus Deutschland (12.935), gefolgt von Österreich (235), der Schweiz (192) sowie der Türkei (124).

- **Werbung/PR/Anzeigen**

In verschiedenen regionalen, überregionalen und internationalen Printmedien wurden Anzeigen geschaltet, z. B. im GEA Wirtschaftsmagazin, im Staatsanzeiger Baden-Württemberg und in der Broschüre „Know-How mit Tradition: Technische Textilien aus der Region Neckar-Alb“. Mit der Anzeigenschaltung konnten im Jahr 2013 insgesamt 18.950 Leser und Leserinnen erreicht werden.

- **Newsletter**

Regelmäßig wurden die Gesellschafter mittels eines Newsletter über die Aktivitäten der Standortagentur informiert. An die Besucher der Fachpräsentationen und andere, an der Region Interessierte, wurden 2013 zwei Newsletter in deutscher, englischer und französischer Sprache gesendet. Diese Newsletter enthielten Pressemeldungen der Region zu den Themen Medizintechnik und Textilien/Technische Textilien.

- **Werbemaßnahmen Bildungsportal**

Zur Bewerbung des Bildungsportals wurde ein kurzer Werbespot erstellt, damit soll der breiten Öffentlichkeit in der Region das Bildungsportal bekannt gemacht werden. Mit dem Thema: „Bildung ist für jeden da!“ war der 30 Sekunden lange Kinospot für ein Jahr in verschiedenen Kinos von Albstadt, Balingen, Hechingen, Reutlingen, Rottenburg und Tübingen zu sehen. Mit dem Kinospot wurden rund 35.000 Zuschauer pro Monat erreicht.

- **Publikationen/PR**

- Beitrag Technologieführer Medizintechnik Italien
- Beilage: Stuttgarter Zeitung/Stuttgarter Nachrichten
- Pressemitteilungen/Beiträge/Publicationen

In diversen regionalen, überregionalen und internationalen Zeitungen, Zeitschriften und Fachmagazinen wurden die Pressemitteilungen und Beiträge der Standortagentur veröffentlicht. Es konnten über 600.000 Leserinnen und Leser erreicht werden. Die Beiträge erschienen unter anderem im GEA-Magazin, in den Reutlinger Nachrichten, im Schwäbischen Tagblatt und in Wirtschaft Neckar-Alb.

- **Digitale Medien**

Wie auch im Vorjahr hat die Standortagentur 2013 auf die Nutzung des Internets gesetzt. Auf der Website der IHK sowie auf www.neckaralb.de wurden die Pressemitteilungen veröffentlicht. Zudem wurden regelmäßig Banner auf Websites und in Informationsbriefen von Auslandshandelskammern geschaltet.

Insgesamt konnten über digitale Medien 8.600.000 Leserinnen und Leser bzw. Besucherinnen und Besucher erreicht werden.

- **Sonstige Werbemaßnahmen**

- Schild an der B27 aus Stuttgart kommend
- Bannertausch mit Gesellschaftern
- Roll-up Display mit der internationalen Verortungsanzeige
- Messestand der Standortagentur
- E-Cards
- 5 Printpostkartenmotive
- Werbung auf LKW-Planen (mit aufgedrucktem Logo der Standortagentur)
- eXpresso-Busse: Poster und Aufkleber sowie Standortpräsentation auf TFT-Bildschirmen; Busanhänger mit Außenwerbung der Standortagentur

- **Sonderaktionen**

Outletcity Metzingen

Mit der Stadt Metzingen und ihrem internationalem Besuchermagnet, der Outletcity Metzingen, werden jährlich gezielte Werbekooperationen durchgeführt, um aktiv für den Standort Neckar-Alb zu werben. Als Werbeträger wurden in 2013 neue Flyer sowie weitere Tüten mit dem Konterfrei der Burg Hohenzollern an die Besucher verteilt. Am verkaufsoffenen Sonntag und beim „Late-Night Shopping“ fanden Promotionaktionen mit den Postkarten zum Imagefilm „In Zukunft Neckar- Alb“ sowie Brezelaktionen statt. Beim „SWR 3 music & fashion“ sowie bei Unternehmengesprächen wurden ebenfalls Werbematerial an die Gäste verteilt.

- **Fachpräsentation Branchenbezogene Investorensuche**

Aufbauend auf der für die Region Neckar-Alb durchgeführten Clusteranalyse erfolgt seit 2006 eine zielgruppenorientierte Investorenansprache, sowohl zur Förderung des Wissenstransfers als auch zur Anbahnung von Kooperationen. Als Schwerpunkte wurden die Bereiche Maschinenbau, Automotive, Technische Textilien, Medizintechnik, Holzwirtschaft und regenerative Energien sowie Biotechnologie und neuerdings E-Mobilität identifiziert.

- **Fachpräsentation/ Delegationsreise in die Türkei**

Im Rahmen der Unternehmerreise der baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern und Baden-Württemberg International hat die Standortagentur erneut den Standort Neckar-Alb in der Türkei präsentiert. Ziele waren – wie in den Vorjahren – die starken Wirtschaftszentren Izmir und Istanbul. Unter dem Slogan „Neckar-Alb loves Turkey“, ausgerüstet mit pfiffig bedruckten USB Armbändern präsentierte sich die Standortagentur auf zwei Kontakt- und Kooperationsbörsen. Besonderer Schwerpunkt der Reise bildete der Ausbau der Hochschulkooperationen und der Besuch der technischen Textildakultät der Dokuz Eylül Universität Izmir.

- **Fachpräsentation auf dem WorldMedTech Forum in Luzern**

Im September 2013 trafen sich in Luzern internationale Vertreter der Medizintechnik Branche. Im Center of Attention traf die Wirtschaft auf die Wissenschaft. Forscher informierten die Branche in Fachreferaten zu den neuesten Erkenntnissen aus Forschung und Entwicklung. Auch die Standortagentur trug mit zwei Fachreferaten („Biotech meets Medtech- Experience from a German Cluster Initiative“ und „Biologisation of medical devices: Possibilities and hurdles“) bei.

- **Film**

Der Imagefilm der Standortagentur „In Zukunft: Neckar-Alb!“ kommt regelmäßig bei Messeauftritten und Fachpräsentationen zum Einsatz. Auch bei Präsentationen für ausländische Delegationen im Rahmen von Manager Training Programmen kommt der Film zum Einsatz. Des Weiteren wirbt die Outletcity Metzingen im Rahmen von Sonderaktionen während verkaufsoffenen Sonntagen mit den Postkarten für den Imagefilm.

- **Messebeteiligungen**

ExpoReal München

In diesem Jahr wurde im Rahmen eines gemeinsamen Standes mit dem Land Baden-Württemberg für die Region auf der Gewerbe- und Immobilienmesse Expo Real vom 07. bis 09. Oktober 2013 in München geworben. Die Eröffnung des bw-i Standes fand durch den Beauftragten der Landesregierung für Mittelstand und Handwerk Peter Hofelich statt. Insgesamt kamen rund 50 Direktkontakte zustande. Als Werbegeschenk erhielten die Besucher ein Par-

fum Flakon des Reutlinger Unternehmens aroma-to-go. Die bewährte Broschüre „Land in Sicht“ wurde in neuer Auflage verteilt. Zugleich wurde die Regionenbroschüre „crumpled map“, Postkarten und Anti-Stress-Bällchen ausgegeben.

Erreichte Sichtkontakte gesamt:

Aktivitäten	Erreichte Leser / Besucher (Stand 31.12.2013)
Internetportale	15.790
Digitale Medien	8.600.000
E-Cards/E-Newsletter	1.140
Anzeigenschaltungen	18.950
Beiträge/Publikationen	530.000
Pressemitteilungen/Veröffentlichungen	587.280
Messebeteiligungen	37.663
Buswerbung	18.296.000
Schild B27	7.878.940
Weitere Aktivitäten	514.784
Vorträge/ Öffentliche Auftritte	1.630.300
YouTube Filme	5.306
Gesamt	38.116.153

Verlauf des letzten Geschäftsjahres
--

Grundzüge des Geschäftsverlaufs im Jahr 2013

Bilanz

Standortagentur Tübingen-Reutlingen-Zollernalb GmbH AKTIVA	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2,00	2,00
II. Sachanlagen		
1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3,00	70,00
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Sonstige Vermögensgegenstände	532,92	314,19
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	342.144,19	246.258,28
C. AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	1.886,03	641,41
BILANZSUMME	344.568,14	247.285,88

Standortagentur Tübingen-Reutlingen-Zollernalb GmbH PASSIVA	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
A. EIGENKAPITAL		
I. Gezeichnetes Kapital	52.850,00	52.850,00
II. Gewinnvortrag	178.818,93	145.485,05
III. Jahresüberschuss	104.249,99	33.333,88
B. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Sonstige Rückstellungen	3.500,00	3.000,00
C. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.149,22	12.616,95
BILANZSUMME	344.568,14	247.285,88

Gewinn- und Verlustrechnung

Standortagentur Tübingen-Reutlingen-Zollernalb GmbH	2013 EUR	2012 EUR
1. Umsatzerlöse	250.000,00	250.000,00
2. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	67,00	132,00
3. Sonstige betriebliche Aufwendungen	146.512,44	217.725,90
4. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	829,43	1.191,36
5. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	104.249,99	33.333,46
6. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,00	-0,42
7. Jahresüberschuss	104.249,99	33.333,88

In der Gesellschafterversammlung wurde beschlossen den Jahresüberschuss in Höhe von 104.249,99 € zuzüglich des bisherigen Gewinnvortrags in Höhe von 178.818,93 € auf neue Rechnung (insgesamt 283.068,62 €) vorzutragen

Der Landkreis Tübingen hat im Geschäftsjahr 2013 einen Projektbeitrag in Höhe von 19.000,00 € an die Standortagentur Tübingen-Reutlingen-Zollernalb GmbH geleistet.

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer

Die Standortagentur beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter. Die Geschäftsführung und die Wahrnehmung des Geschäftsbetriebs erfolgt durch die IHK Reutlingen.

IV. Sonstiges (nachrichtlich)

Gesamtübersicht über die wichtigsten Daten der sonstigen Beteiligungen (Stand 31.12.2013)

	Stammkapital €	Zahl der Arbeitnehmer	Bilanzsumme €	Anlagevermögen €	Eigenkapital €	Verbindlichkeiten €	Jahresüberschuss/Fehlbetrag €
Eigenbetrieb							
Abfallwirtschaftsbetrieb (AWB)	0,00	14	7.005.315,81	3.869.664,30	387.276,50	4.580.993,09	-148.399,08
Zweckverbände							
Zweckverband ÖPNV im Ammertal (ZÖA)	0,00	2	9.792.479,52	8.045.821,37	0,00	4.413.814,34	0,00
Zweckverband Schönbuchbahn (ZVS)	0,00	5 Ehrenbeamte	8.214.551,80	7.268.145,64	0,00	8.189.991,90	0,00
Zweckverband Abfallverwertung Reutlingen/Tübingen (ZAV)	0,00	33	32.532.874,58	29.073.076,67	3.205.497,17	1.979.158,10	-175.935,13
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm (KIRU)	7.130.386,77	400	34.691.079,21	17.415.230,10	12.542.500,00	6.709.959,03	-639.971,20
Zweckverband Tierkörperbeseitigung Warthausen (TBA)	0,00	73	18.054.710,10	15.460.776,47	13.370.314,10	961.341,31	36.563,17

Abfallwirtschaftsbetrieb (AWB)



Betriebsdaten

Name:	Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Tübingen
Anschrift:	Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Tübingen Landratsamt Tübingen Wilhelm-Keil-Str. 50 72072 Tübingen Telefon: 07071/207-1302 Telefax: 07071/207-1399 E-Mail: AWB@kreis-tuebingen.de www.abfall-kreis-tuebingen.de
Gründung:	1999
Rechtsform:	Eigenbetrieb des Landkreises Tübingen
Betriebssatzung:	22.07.1998, aktuell gültige Betriebssatzung vom 21.03.2012
Stammkapital:	kein Stammkapital festgesetzt
Prüfung:	Abteilung Eigenprüfung

Allgemeines

Gegenstand des Eigenbetriebs

Die Einrichtungen der Abfallentsorgung des Landkreises Tübingen werden als Eigenbetrieb nach dem EigBG, der Eigenbetriebsverordnung und den Bestimmungen der Betriebssatzung geführt.

Der Eigenbetrieb führt den Namen „Abfallwirtschaftsbetrieb“ mit Sitz in Tübingen.

Der Eigenbetrieb ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, die den Zweck der Einrichtungen (Entsorgung von Abfällen im Landkreis Tübingen und Betrieb der dazu erforderlichen Anlagen) fördern.

Organe

- Kreistag
- Verwaltungs- und Technischer Ausschuss
- Landrat
- Betriebsleitung

Kreistag

→ Im Berichtszeitraum die Kreistagsmitglieder aus der Wahlperiode 2009-2014

Verwaltungs- und Technischer Ausschuss

Die Aufgaben des Betriebsausschusses (§ 8 EigBG) wurden vom Kreistag gemäß § 9 Abs. 2 Eigenbetriebsgesetz (EigBG) auf den Verwaltungs- und Technischen Ausschuss des Kreistags übertragen (Beschluss vom 22.09.2004).

→ Im Berichtszeitraum die Ausschussmitglieder aus der Wahlperiode 2009-2014

Landrat

Landrat Joachim Walter

Betriebsleitung

seit 05.12.2011: Dr. Sibylle Kiefer

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer

Stand	31.12.2013	31.12.2012
Beamte	2	2
Angestellte	12	15
Insgesamt	14	17

Jahresabschluss 2013

Buchführung: Doppische Buchführung nach Eigenbetriebsrecht

Eckdaten

	2013	2012
Bilanzsumme	7.005.315,81 €	8.211.671,23 €
davon entfallen auf der Aktivseite auf		
- das Anlagevermögen	3.869.664,30 €	4.336.147,03 €
- das Umlaufvermögen	3.117.128,38 €	3.855.871,11 €
- die Rechnungsabgrenzungsposten	18.523,13 €	19.653,09 €
davon entfallen auf der Passivseite auf		
- das Eigenkapital	387.276,50 €	535.675,58 €
- die Rückstellungen	2.033.540,26 €	2.541.122,36 €
- die Verbindlichkeiten	4.580.993,09 €	5.032.904,65 €
- die Rechnungsabgrenzungsposten	3.505,96 €	101.968,64 €
Jahresverlust/Jahresgewinn	-148.399,08 €	24.743,39 €

Der Jahresverlust wird durch eine Entnahme aus der Rücklage „freie Zinserträge“ getilgt.

Zweckverband ÖPNV im Ammertal (ZÖA)



Verbandsdaten

Name:	Zweckverband ÖPNV im Ammertal
Anschrift:	Zweckverband ÖPNV im Ammertal Wilhelm-Keil-Straße 50 72072 Tübingen
	Telefon: 07071/207-4351 Telefax: 07071 207-94351 E-Mail: post@ammertalbahn.de www.ammertalbahn.de
Gründung:	1995
Verbandssatzung:	30.03.1995, aktuell gültige Fassung vom 30.03.2012
Genehmigung:	Regierungspräsidium Tübingen vom 05.04.1995
Stammkapital:	0 €
Prüfung durch:	Abteilung Eigenprüfung, Landkreis Tübingen

Allgemeines

Geschichte und Aktuelles

Die am 01.05.1910 eröffnete Ammertalbahn ist eine von vielen stillgelegten Strecken, die seit 1996 in Baden-Württemberg wieder reaktiviert wurden. Nachdem der Zugverkehr im Jahr 1966 eingestellt worden war, verkehren seit dem 01.08.1999 auf der 21,4 Kilometer langen Ammertalbahn Tübingen - Herrenberg wieder durchgehende Züge

Da ein 1991 in Auftrag gegebenes Gutachten zugunsten eines Weiterbetriebes der Ammertalbahn positiv ausgefallen war, kaufte der Landkreis Tübingen die Ammertalbahn im Jahr 1994 zu einem symbolischen Kaufpreis von 1 DM von der Deutschen Bahn AG. Am 26.07.1995 erfolgte die Gründung des "Zweckverbandes ÖPNV im Ammertal (ZÖA)", an dem die Landkreise Tübingen (80 %) und Böblingen (20 %) beteiligt sind.

Der Zweckverband ÖPNV im Ammertal fungiert sowohl als Eisenbahninfrastrukturunternehmen als auch als Eisenbahnverkehrsunternehmen. Mit dem Betrieb des Schienenverkehrs und der Infrastruktur ist der Regionalverkehr Alb-Bodensee (RAB) beauftragt.

Nach der Inbetriebnahme 1999 nutzten werktags täglich über 5.000 Fahrgäste die Ammertalbahn. Seither stiegen die Fahrgastzahlen kontinuierlich an. Im Jahr 2013 nutzten 8.222 Fahrgäste die Ammertalbahn; 3,8 % mehr gegenüber dem Vorjahr.

Stationen

Herrenberg (21,4 km von Tübinger Hbf)
Herrenberg Zwerchweg (18,9 km)
Gültstein (17,3 km)
Altingen (14,6 km)
Breitenholz (11,4 km)
Entringen (10,0 km) Pfäffingen (7,5 km)
Unterjesingen Mitte (5,9 km)
Unterjesingen Sandäcker (4,8 km)
Tübingen West (1,6 km)
Tübingen Hbf

Aufgaben des Verbandes

Der Zweckverband nimmt im Verkehrsraum Ammertal folgende Aufgaben wahr:

- Übernahme der betriebsnotwendigen Anlagen von der Deutschen Bundesbahn;
- Planung und Bau einer durchgehenden Schienenstrecke zwischen Tübingen und Herrenberg, insbesondere zwischen Gültstein und Herrenberg;
- Finanzierung der dafür erforderlichen Investitionen (Infrastruktur und Fahrzeuge);
- Planung und Festlegung des Leistungsangebots und des Tarifs für den ÖPNV (Schienen- und Busverkehre) im Ammertal. Dabei ist im Landkreis Böblingen der Verbundtarif des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart zu berücksichtigen.
- Durchführung der Schienen- und Busverkehre.

Der Zweckverband kann sich zur Erfüllung der o.g. Aufgaben Dritter bedienen und schließt im Rahmen seiner Aufgaben Kooperationsverträge.

Verbandsmitglieder

- Landkreis Tübingen (80 %)
- Landkreis Böblingen (20 %)

Organe

- Versammlungsversammlung
- Vorstandsvorsitzender

Verbandsversammlung

Die Versammlungsversammlung besteht aus zehn Vertretern der Verbandsmitglieder. Neben ihren gesetzlichen Vertretern entsendet der Landkreis Tübingen sieben und der Landkreis Böblingen einen weiteren Vertreter.

Verbandsvorsitzender

Verbandsvorsitzender: Landrat Joachim Walter, Landkreis Tübingen

Verbandsverwaltung

Verbandsgeschäftsführer: Dieter Braun, Landkreis Tübingen

Beteiligungen

Der ZÖA ist mit einer Stammeinlage in Höhe von 600 € am Verkehrsverbund Neckar-Alb-Donau (naldo) beteiligt.

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer

Das Personal setzt sich aus zwei hauptamtlich beschäftigten Fachkräften mit einem Beschäftigungsumfang von je 50 % zusammen (unverändert zum Vorjahr). Darüber hinaus bedient sich der Zweckverband ehrenamtlicher und sonstiger Berater bzw. Fachberater.

Jahresabschluss 2013

Wirtschaftsführung:

Seit dem 01.01.2012 wird der Verkehrs- und Infrastrukturbetrieb entsprechend den Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes Baden-Württemberg (EigBG) und der Eigenbetriebsverordnung (EigBVO) in Verbindung mit den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) geführt.

Eckdaten

	2013	2012
Bilanzsumme	9.792.479,52 €	9.241.062,23 €
davon entfallen auf der Aktivseite auf		
- das Anlagevermögen	8.045.821,37 €	6.796.072,17 €
- das Umlaufvermögen	1.738.510,07 €	2.437.991,50 €
- die Rechnungsabgrenzungsposten	8.148,08 €	6.998,56 €
davon entfallen auf der Passivseite auf		
- die Rücklagen	0,00 €	360.975,95 €
- die Kapitalzuschüsse und andere Zuwendungen Dritter	5.069.618,18 €	4.479.569,53 €
- die Rückstellungen	309.047,00 €	269.640,83 €
- die Verbindlichkeiten	4.413.814,34 €	4.130.875,92 €
Jahresverlust/Jahresgewinn	0,00 €	0,00 €

Verbandsumlage

Zur Deckung seiner Ausgaben erhebt der Zweckverband eine jährliche Kosten- und ggf. Investitionsumlage gem. § 19 des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit und § 10 sowie § 11 der Zweckverbandssatzung.

	2013	2012
Kostenumlage	2.280.650,00 €	2.179.000,00 €
davon entfallen auf		
- den Landkreis Tübingen 80 %	1.824.520,00 €	1.743.200,00 €
- den Landkreis Böblingen 20 %	456.130,00 €	435.800,00 €

Für das Jahr 2013 wurde, wie schon 2012, keine Investitionsumlage erhoben.

Zweckverband Schönbuchbahn (ZVS)



Verbandsdaten

Name:	Zweckverband Schönbuchbahn
Anschrift:	Zweckverband Schönbuchbahn Parkstraße 16 71034 Böblingen
	Telefon: 07031/663-1887 Telefax: 07031/663-91887 oder -1962 E-Mail: schoenbuchbahn@lrabb.de www.schoenbuchbahn.de
Gründung:	1993
Verbandssatzung:	29.11.1993, aktuell gültige Fassung vom 13.11.2011
Genehmigung:	Regierungspräsidium Stuttgart vom 02.12.1993
Stammkapital:	0 €
Prüfung :	Amt für Prüfung und Kommunalaufsicht, Landkreis Böblingen

Allgemeines

Geschichte

Nach der Inbetriebnahme der Schönbuchbahn im Oktober 1910 wurde der Betrieb des Schienenpersonennahverkehrs am 31.09.1966 aufgegeben.

Im Auftrag des Landkreises Böblingen erstellte die Württembergische Eisenbahngesellschaft (WEG) im September 1989 eine Konzeption für die Reaktivierung der Schönbuchbahn. Im Juli bzw. Oktober 1993 beschlossen die Landkreise Böblingen und Tübingen die Reaktivierung der Schönbuchbahn und gründeten am 29.11.1993 den "Zweckverband Schönbuchbahn"(ZVS).

Am 28.12.1993 erwarb der ZVS die betriebsnotwendigen Grundstücke und Bahnanlagen zum symbolischen Kaufpreis von 1 DM.

Die Schönbuchbahn wurde im Dezember 1996 wieder in Betrieb genommen und erfreut sich seither stetig steigender Fahrgastzahlen. Waren es bei der Wiederaufnahme des Betriebs 1996 4.090 Fahrgäste, wurden für das Jahr 2011 werktags 7.650 und ab 2013 8.000 Fahrgäste prognostiziert.

Stationen:

Böblingen Bahnhof
Böblingen Danziger Straße (1,348 km)
Böblingen Südbahnhof (2,303 km)
Böblingen Heusteigstraße (3,493 km)
Böblingen Zimmerschlag (4,443 km)
Holzgerlingen Nord (7,875 km)
Holzgerlingen Bahnhof (9,072 km)
Holzgerlingen Buch (10,900 km)
Weil im Schönbuch Troppel (12,453 km)
Weil im Schönbuch Röte (12,970 km)
Weil im Schönbuch Untere Halde (13,985 km)
Dettenhausen (16,978 km)

Aufgaben des Verbandes

Der Zweckverband nimmt im Verkehrsraum um die Schönbuchbahn folgende Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs wahr:

- Die Wiederinbetriebnahme des Schienenpersonennahverkehrs zwischen Böblingen und Dettenhausen zum Zwecke der Erbringung von Beförderungsleistungen nach dem Landes-eisenbahngesetz einschließlich der Festlegung des Bedienungsstandards;
- Die Festlegung des Bedienungsstandards und der Linienführung der Omnibuszubringer- und Omnibusergänzungsverkehre mit Ausnahme reiner Innerortsverkehre.

Der Zweckverband bedient sich zur Erfüllung der obengenannten Aufgaben Dritter und schließt im Rahmen seiner Aufgaben Kooperationsverträge.

Verbandsmitglieder

- Landkreis Tübingen (20 %)
- Landkreis Böblingen (80 %)

Organe

- Verbandsversammlung
- Verbandsvorsitzender

Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung besteht aus zehn Vertretern der Verbandsmitglieder. Neben ihren gesetzlichen Vertretern entsendet der Landkreis Böblingen sieben und der Landkreis Tübingen einen weiteren Vertreter.

Verbandsvorsitzender

Verbandsvorsitzender: Landrat Roland Bernhard, Landkreis Böblingen

Verbandsverwaltung

Verbandsgeschäftsführer: Andreas Wiedmann, Landkreis Böblingen

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer

Der Zweckverband Schönbuchbahn verfügt über kein eigenes Personal. Zur Erfüllung seiner Verwaltungsaufgaben bedient sich der Zweckverband Mitarbeitern seiner Verbandsmitglieder und von Ehrenbeamten.

Jahresabschluss 2013

Wirtschaftsführung:

Der Zweckverband wendet seit 01.01.1997 die für die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen der Eigenbetriebe geltenden Vorschriften sinngemäß an. Bis 1996 wurde kameral gebucht. Zum 01.01.1997 erfolgte die Umstellung auf kaufmännische Buchführung nach Eigenbetriebsrecht.

Eckdaten

	2013	2012
Bilanzsumme	8.214.551,80 €	7.410.200,53 €
davon entfallen auf der Aktivseite auf		
- das Anlagevermögen	7.268.145,64 €	6.021.942,87 €
- das Umlaufvermögen	946.406,16 €	1.388.257,66 €
- die Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €
davon entfallen auf der Passivseite auf		
- die Rückstellungen	0,00 €	0,00 €
- die Verbindlichkeiten	8.189.991,90 €	7.370.089,83 €
- die Rechnungsabgrenzungsposten	24.559,90 €	40.110,70 €
Jahresverlust/Jahresgewinn	0,00 €	0,00 €

Betriebskostenumlage:

Der Zweckverband erhebt von seinen Mitgliedern zur Deckung des laufenden Aufwands eine Betriebskostenumlage.

	2013	2012
Betriebskostenumlage	3.976.864,44 €	3.375.450,95 €
davon entfallen auf		
- den Landkreis Tübingen 20 %	795.372,88 €	675.090,19 €
- den Landkreis Böblingen 80 %	3.181.491,56 €	2.700.360,76 €

Zweckverband Abfallverwertung Reutlingen/Tübingen (ZAV)



Verbandsdaten

Name:	Zweckverband Abfallverwertung Reutlingen/Tübingen (ZAV)
Anschrift:	Zweckverband Abfallverwertung Reutlingen/Tübingen Im Steinig 61 72144 Dußlingen Telefon: 07072/918850 Telefax: 07072/918866 E-Mail: info@zav-rt-tue.de www.zav-rt-tue.de
Gründung:	1977
Genehmigung:	Regierungspräsidium Tübingen vom 25.10.1977
Verbandssatzung:	07.10.1977, aktuell gültige Fassung vom 14.07.2006
Stammkapital:	0 €
Prüfung:	Abteilung Eigenprüfung, Landkreis Tübingen

Allgemeines

Im Jahr 1977 haben die Landkreise Reutlingen und Tübingen den Zweckverband Abfallverwertung Reutlingen/Tübingen (kurz: ZAV) gegründet.

Das "Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen" (Kreislaufwirtschaftsgesetz-KrWG) verpflichtet die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger dazu, die in ihrem Gebiet angefallenen und überlassenen Abfälle aus privaten Haushaltungen und Abfälle zu Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen zu verwerten oder zu beseitigen. Diese Aufgabe nimmt der ZAV wahr.

Der ZAV wurde mit dem Ziel gegründet, Entsorgungsaufgaben zu übernehmen, zu denen nach Landesrecht die Landkreise verpflichtet sind.

Aufgaben des Verbandes

Aufgabe des Verbandes ist das Vermeiden, Verwerten und Vermarkten, Behandeln, Lagern und Ablagern von Abfällen, die im Gebiet der Landkreise Reutlingen und Tübingen anfallen, soweit sie der Entsorgungspflicht der Landkreise unterliegen und sie die Landkreise nicht selbst einsammeln und befördern. Dies gilt nicht für Bioabfälle aus dem Landkreis Reutlingen und für Bauschutt, Bodenaushub und Straßenaufbruch i.S. von 2.2.1 der TA-Siedlungsabfall vom 14.05.1993; insoweit bleiben die Landkreise entsorgungspflichtig.

Der Zweckverband errichtet und betreibt die zur Erfüllung seiner Aufgaben notwendigen Anlagen (z.B. Anlagen zur Restmüllvorbehandlung, Deponien einschließlich Ausfalldeponie). Der Zweckverband ist auch für die Nachsorge der in Satz 1 genannten Anlagen nach deren Betriebsbeendigung zuständig; dies gilt insbesondere für die verfüllten Deponien Dettingen-Wachtertal, Pfullingen-Selchental, Dettenhausen-Schwarzer Hau, Mössingen-Mulde, Tübingen-Schweinerain und Rottenburg-Oberndorf.

Der Zweckverband kann sich Dritter bedienen.

Der Zweckverband erstrebt keinen Gewinn.

Soweit die Landkreise Reutlingen bzw. Tübingen entsorgungspflichtig sind, kann der Zweckverband aufgrund besonderer Vereinbarung als Dritter die Aufgabe des Behandeln, Lagerns, Ablagerns, Verwertens und Vermarktens von Abfällen übernehmen. Der Zweckverband stellt den Landkreisen hierfür seine Kosten in Höhe der in der Abfallwirtschaftssatzung des Zweckverbandes geregelten Benutzungsgebühren in Rechnung. Bestimmt die Abfallwirtschaftssatzung des Zweckverbandes hierfür keine Benutzungsgebühr, stellt der Zweckverband den Landkreisen die tatsächlich angefallenen Kosten in Rechnung.

Verbandsmitglieder

- Landkreis Tübingen
- Landkreis Reutlingen

Organe

- Versammlungsversammlung
- Verwaltungsrat
- Vorstandsvorsitzender
- Geschäftsleitung

Verbandsversammlung

Die Versammlungsversammlung besteht aus 34 Vertretern, von denen 19 vom Landkreis Reutlingen und 15 vom Landkreis Tübingen entsandt werden.

Die Landräte der beiden Landkreise gehören der Versammlungsversammlung von Amts wegen an.

Zusätzlich: Vertreter der Standortgemeinden mit beratender Stimme

Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat besteht aus

1. dem Vorstandsvorsitzenden und seinem Stellvertreter, die im Verhinderungsfalle von ihrem allgemeinen Stellvertreter oder von einem Beauftragten gem. § 43 Abs. 1 Landkreisordnung vertreten werden,
2. 18 weiteren Vertretern, die von der Versammlungsversammlung jeweils nach deren Wahl aus ihrer Mitte bestellt werden, wobei von diesen weiteren Vertretern 10 Vertreter des Landkreises Reutlingen und 8 Vertreter des Landkreises Tübingen sein müssen.

Mitglied für den Kreis Tübingen: Landrat Joachim Walter kraft Amtes

Verbandsvorsitzender

Verbandsvorsitzender: Landrat Joachim Walter, Landkreis Tübingen
Stellvertreter: Landrat Thomas Reumann, Landkreis Reutlingen

Geschäftsleitung

Geschäftsführer: Thomas Leichtle
Stellvertreterin: Bettina Frank

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer

Die Zahl der Arbeitnehmer des ZAV setzt sich aus 31 Beschäftigten und 2 Beamten zusammen (unverändert zum Vorjahr).

Jahresabschluss 2013**Wirtschaftsführung:**

Für die Aufstellung des Wirtschaftsplans, für die Buchführung und den Jahresabschluss des Zweckverbandes gelten die Bestimmungen des Eigenbetriebsrechts sinngemäß.

Eckdaten

	2013	2012
Bilanzsumme	32.532.874,58 €	34.827.094,05 €
davon entfallen auf der Aktivseite auf		
- das Anlagevermögen	29.073.076,67 €	17.799.014,07 €
- das Umlaufvermögen	3.449.536,30 €	17.011.983,51 €
- die Rechnungsabgrenzungsposten	10.261,61 €	16.096,47 €
davon entfallen auf der Passivseite auf		
- das Eigenkapital	3.205.497,17 €	3.381.432,30 €
- die Rückstellungen	27.330.449,93 €	29.621.305,78 €
- die Verbindlichkeiten	1.979.158,10 €	1.799.312,80 €
- die Rechnungsabgrenzungsposten	17.769,38 €	25.043,17 €
Jahresverlust/Jahresgewinn	-175.935,13 €	94.597,98 €

Die Rechnung des Wirtschaftsjahres 2013 schließt mit einem Verlust in Höhe von 175.935,13 € bei einer Entnahme aus der Gebührenaussgleichsrückstellung in Höhe von 777.561,83 €. Die Gebührenaussgleichsrückstellung wurde damit zum 31.12.2013 vollständig aufgelöst.

Im Bereich des getrennt abgerechneten Werkes Dußlingen verblieb ein Überschuss in Höhe von 10.238,64 €. Dieser wurde der zweckgebundenen Rücklage zugeführt. Die Rücklage weist zum 31.12.2013 insgesamt 508.275,45 € aus.

Der sich dadurch ergebende Jahresverlust in Höhe von 186.173,77 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm (KIRU)



Kommunale Informationsverarbeitung
Reutlingen-Ulm Zweckverband

Verbandsdaten

Name:	Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm
Anschrift:	Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm (KIRU) Schulze-Delitzsch-Weg 28 89079 Ulm
	Telefon.: 0731/9455-0 Telefax: 0731/9455-47190 E-Mail: info@rz-kiru.de www.rz-kiru.de, www.rz-info.de
Gründung:	2002
Genehmigung:	Regierungspräsidium Tübingen vom 07.12.2001
Verbandssatzung:	02.09.2002, aktuell gültige Fassung ab 01.01.2015 (vom 20.11.2014)
Stammkapital:	7.130.386,77 € (Stand 31.12.2013)
Prüfung:	Rechnungsprüfungsamt der Stadt Reutlingen

Allgemeines

Allgemeine Informationen

Die KIRU ist ein Dienstleistungsunternehmen der Informationstechnik in der Rechtsform eines Zweckverbandes. Das Tochterunternehmen IIRU wird als GmbH geführt. Der Kundenfokus richtet sich auf den öffentlich-rechtlichen Bereich. Die wichtigsten Kunden sind Städte und Gemeinden, sowie Landkreise, Krankenhäuser, Stadtwerke und Verwaltungsgemeinschaften. An den Standorten Ulm und Reutlingen sind 400 Mitarbeiter/innen beschäftigt.

Zum 01.01.2002 ging die KIRU aus den beiden Zweckverbänden IKD Ulm und RRZ Alb-Schwarzwald hervor. Durch die Neugründung eines gemeinsamen großen Zweckverbandes bündelt die KIRU/IIRU ihr KnowHow und sichert sich im Innovationscluster des Datenverarbeitungsverbundes Baden-Württemberg DVV BW technische und strategische Kompetenz.

Als Teil der Rechenzentrumsgruppe Reutlingen-Ulm betreut der Zweckverband die hoheitlichen Verfahren, insbesondere in den Bereichen Finanzwesen, Personalwesen und Vorverfahren sowie dem Ordnungsrecht mit Einwohnerwesen.

Der Zweckverband bezieht die dafür notwendigen DV-technischen Dienstleistungen von der Interkommunalen Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm GmbH.

Über Kooperationen im DV-Verbund Baden-Württemberg und der darin zusammengeschlossenen hoheitlichen Bereiche der weiteren Rechenzentren und der Datenzentrale Baden-Württemberg AöR werden ebenfalls hoheitliche Leistungen bezogen bzw. für diese hoheitliche Leistungen erbracht.

Die Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm hat in ihrem Kerngebiet (Süd-Ost-Baden-Württemberg) zwei Kundengruppen: 348 Städte und Gemeinden, 1 Stadtkreis und 13 Landkreise als Mitglieder des Zweckverbandes.

Im Unternehmensverbund (Ulm-Reutlingen-Stuttgart) werden 50,8 % der Kommunen in Baden-Württemberg und damit 50,2 % der Einwohner mit IT-Dienstleistungen versorgt.

Auszug aus den Vorbemerkungen zum Jahresabschluss 2013:

Neben dem partnerschaftlichen Verbund mit der Rechenzentrumsgruppe Stuttgart und der Beteiligung der IIRU GmbH an der gemeinsamen KomIT URS GbR gewinnt die Zusammenarbeit mit den weiteren Partnern im DV-Verbund Baden-Württemberg immer größere Bedeutung. Es werden nicht nur Verfahren gemeinsam mit Datenzentrale und KIVBF entwickelt, sondern auch Kooperationen unter einem gemeinsamem Dach angestrebt, so dass die Aufgaben im wirtschaftlich optimierten Rahmen erbracht werden können. Beispielhaft steht hierfür die Kooperation im Bereich des Personalwesens mit dem KIVBF. Neben der gemeinsamen Produktion wird in Abstimmung mit der Datenzentrale ein gemeinsames Produktmanagement betrieben, zu dessen Kernaufgaben der Funktionsausbau bei dvv.Personal gehört.

Weiter werden große Anstrengungen unternommen, die Vorarbeiten für die Umsetzung der strategischen Ausrichtung auf SOA (Service Orientierte Architektur) voranzutreiben. Diese soll bis 2013 die derzeitige Großrechner-orientierte Struktur ersetzen. Eckpunkte dieses Prozesses sind einerseits eine einheitliche Betriebsplattform für die Rechenzentren (Hardware und Betriebssystem) und andererseits eine einheitliche Software-Entwicklungsumgebung, die von der Datenzentrale forciert wird. Neue Anwendungen sollen per Standard-Software eingebunden werden. Eigenentwicklungen und Drittprodukte werden auf Java-Basis in diese Architektur integriert, so dass die Anwendungen über einheitliche Oberflächen unseren Kunden angeboten werden.

Aufgaben des Verbandes

Der Verband erledigt folgende ihm von seinen Mitgliedern übertragenen Aufgaben der Informationsverarbeitung im hoheitlichen Bereich:

- Betrieb von Zentren für Dienstleistungen der Informationsverarbeitung und der damit zusammenhängenden Leistungen,
- Einrichtung, Wartung und Pflege von Anlagen und Programmen der Informationsverarbeitung,
- Betrieb von Rechnern, Beratung über Angelegenheiten der Informationsverarbeitung,
- Schulung des Personals von Verbandsmitgliedern.

Er kann eigene Aufgaben einem anderen Zweckverband für Kommunale Datenverarbeitung zur Erledigung auch für seine Mitglieder übertragen. Er kann Aufgaben, die er für seine Mitglieder erledigt, oder ähnliche Aufgaben auch für sonstige Rechtsträger ausführen und die Erledigung von Aufgaben an sonstige Rechtsträger überlassen.

Der Verband erstrebt keinen Gewinn.

Verbandsmitglieder

Verbandsmitglieder sind die Landkreise Alb-Donau-Kreis, Biberach, Bodenseekreis, Heidenheim, Ostalbkreis, Ravensburg, Reutlingen, Rottweil, Schwarzwald-Baar-Kreis, Sigmaringen, Tuttlingen, Tübingen, Zollernalbkreis, der Stadtkreis Ulm, sowie mehr als 300 Städte und Gemeinden.

Organe

- Verbandsversammlung
- Verwaltungsrat
- Verbandsvorsitzender
- Geschäftsführung

Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung besteht aus den gesetzlichen Vertretern der Verbandsmitglieder.

Mitglied für den Kreis Tübingen:

Landrat Joachim Walter kraft Amtes

ständige Vertretung durch Werner Walz, Leiter Geschäftsbereich 1

Verwaltungsrat

Zusammensetzung des KIRU-Verwaltungsrates bis 31.12.2013:

Gruppe der Landkreise

- Ostalbkreis / Klaus Wolf
- Bodenseekreis / Joachim Kruschwitz
- Kreis Biberach/ Dr. Heiko Schmid
- Kreis Ravensburg / Georg Rupp
- Kreis Reutlingen / Gerd Pflumm
- Kreis Tübingen / Werner Walz
- Kreis Zollernalbkreis / Christoph Heneka

Gruppe der Städte über 100.000 EW

- Ulm / Gunter Czisch
- Reutlingen / Robert Hahn

Gruppe der Großen Kreisstädte

- Balingen / Reinhold Schäfer
- Biberach / Roland Wersch
- Friedrichshafen / Holger Krezer
- Ehingen a.d.Donau / Alexander Baumann
- Schwäbisch Gmünd / Richard Arnold
- Tübingen / Ulrich Dieter
- Metzingen / Dr. Ulrich Fiedler

Gruppe der kreisangehörigen Städte/Gemeinden

- Berghülen, Alb-Donau-Kreis / Bernd Mangold
- Langenargen, Bodenseekreis / N.N.
- Mittelbiberach, Kreis Biberach / BM Hans Berg
- Leinzell, Ostalbkreis / BM Ralph Leischner
- Bodnegg, Kreis Ravensburg / BM Christof Frick
- Lichtenstein, Kreis Reutlingen / BM Peter Nussbaum
- Oberndorf, Kreis Rottweil / BM Hermann Acker

- Dußlingen, Kreis Tübingen / BM Thomas Hölsch
- Hechingen, Zollernalbkreis / BG Klaus Conzelmann bis 30.09.2013, ab 01.10.2013 N.N.

Verbandsvorsitzender

Oberbürgermeister Dr. Ulrich Fiedler, Metzingen seit 24.11.2011

Geschäftsführung

Geschäftsführer: Manfred Allgaier

Beteiligungen

Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:

- Datenzentrale Baden-Württemberg, Stuttgart (Einlage: 383.468 €, Anteil: 25 %)
- DZ Datenzentrale Entwicklungs- und Vertriebs GmbH, Stuttgart (Einlage: 63.911 €, Anteil: 13,89 %)
- Interkommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm GmbH, Reutlingen (IIRU) (Einlage: 1 Mio. €, Anteil: 100 %)

Unternehmensverbund Reutlingen-Ulm

KIRU

Öffentlich-rechtlicher Zweckverband

Organe:

Verbandsversammlung

Verwaltungsrat

Geschäftsführung

Verbandsvorsitzender:

OB Dr. Ulrich Fiedler, Metzingen

Geschäftsführung:

Manfred Allgaier

ca. 400 Mitarbeiter

362 Verbandsmitglieder

IIRU

Privatrechtliche GmbH

Organe:

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Geschäftsführung

Aufsichtsratsvorsitzender:

BM Thomas Hölsch, Dußlingen

Geschäftsführung:

Manfred Allgaier

Keine Mitarbeiter

ca. 500 gewerbl. Kunden

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer

Mitarbeiterzahl zum 31.12.2013	männlich	weiblich	gesamt	Vorjahr
Beamte	30	24	54	53
Angestellte	186	151	337	332
Auszubildende	7	2	9	6
Gesamt	223	177	400	391

Jahresabschluss 2013

Wirtschaftsführung:

Für die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen gelten die entsprechenden Bestimmungen des Eigenbetriebsrechts sinngemäß.

Eckdaten

	2013	2012
Bilanzsumme	34.691.079,21 €	33.310.306,98 €
davon entfallen auf der Aktivseite auf		
- das Anlagevermögen	17.415.230,10 €	17.594.350,74 €
- das Umlaufvermögen	17.099.601,20 €	15.535.266,56 €
- die Rechnungsabgrenzung	176.247,91 €	180.689,68 €
davon entfallen auf der Passivseite auf		
- das Eigenkapital	12.542.500,00 €	12.542.500,00 €
- die Rückstellungen	15.438.620,18 €	15.869.056,51 €
- die Verbindlichkeiten	6.709.959,03 €	4.898.750,47 €
- die Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €
Jahresverlust/Jahresgewinn	-639.971,20 €	35.340,15 €

Der in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Jahresfehlbetrag in Höhe von 639.971,20 € wird durch die Entnahme aus der Ausgleichsrückstellung in gleicher Höhe ausgeglichen.

Zum 31.12.2013 wird die Ausgleichsrückstellung in der Bilanz mit 2.580.679,19 € ausgewiesen (Vorjahr: 3.220.650,39 €).

Zweckverband Tierische Nebenprodukte Süd-Baden-Württemberg (ZTN Süd)



Verbandsdaten

Name:	Zweckverband Tierische Nebenprodukte Süd-Baden-Württemberg (bis 31.12.2013: Zweckverband Tierkörperbeseitigung Warthausen - TBA)
Anschrift:	ZTN-Süd Warthausen Pflughölzle 1 88447 Warthausen Telefon: 07356/9371-0 Telefax: 07356-9371-45 E-Mail: info@ztn-sued.de www.ztn-sued.de
Gründung:	1984
Genehmigung:	Genehmigung durch das Innenministerium vom 29.11.1984
Verbandssatzung:	29.10.1984, aktuelle Fassung vom 18.11.2014
Stammkapital:	0 €
Prüfung:	RSW Treuhand GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Allgemeines

Im ZTN-Süd sind 13 Landkreise und ein Stadtkreis organisiert. Der Betrieb nahm seine Arbeit am 07.03.1977 in Warthausen auf. In den vergangenen 35 Jahren hat sich der Betrieb weiterentwickelt, die Anlagen wurden modernisiert und in der Branche ist er ein anerkannter Verarbeitungsbetrieb für tierische Nebenprodukte.

Geschichte

Württemberg schuf 1917 durch die Errichtung von 5 staatlichen Tiermehlfabriken in Biberach, Horb, Kornwestheim, Süßen und Sulzdorf eine veterinärrechtlich vorbildliche Organisation der Beseitigung von verendeten oder totgeborenen Tieren. Eigentümerin war die Fleischversorgungsstelle Württemberg-Hohenzollern. 1922 gingen die 5 Anstalten in den Besitz des Staates über.

Der Anstieg der Rohware (Tierkörper/Schlachtabfälle und Konfiskate) führte dazu, dass das Land Baden-Württemberg von 1975 - 1977 in Warthausen eine neue Verarbeitungsanlage errichtete und die alte Anlage in Biberach stilllegte. Als die Beseitigungspflicht auf die Stadt- und Landkreise übertragen wurde, schlossen sich diese in BW zu 3 Zweckverbänden zusammen. Mit Vereinbarung vom 30.09.1987 wurde die Aufgabe vom Land auf den Zweckverband TBA Warthausen übertragen mit Sammelstellen in Horb und Süßen.

Aufgaben des Verbandes

Der Zweckverband erfüllt in seinem Verbandsgebiet unter Beachtung der Gesichtspunkte des Umweltschutzes die Aufgaben der beseitigungspflichtigen Körperschaften i.S. von § 1 des Ausführungsgesetzes zum Tierkörperbeseitigungsgesetz vom 25. April 1978 (GBl. S. 227). § 6 Abs. 3 des Tierkörperbeseitigungsgesetzes vom 2. September 1975 (BGBl. I S. 213) bleibt unberührt.

Verbandsmitglieder:

Gründungsmitglieder

- Stadtkreis Ulm
- Alb-Donau-Kreis
- Landkreis Biberach
- Landkreis Böblingen
- Landkreis Esslingen
- Landkreis Göppingen
- Landkreis Heidenheim
- Landkreis Ravensburg
- Landkreis Reutlingen
- Landkreis Sigmaringen
- Landkreis Tübingen
- Zollernalbkreis

Aufnahme durch Änderung der Verbandssatzung am 18.03.1987:

- Landkreis Freudenstadt
- Landkreis Calw

Verbandsgebiet

Verbandsgebiet ist das Gebiet der genannten Stadt- und Landkreise, jedoch beim Landkreis Sigmaringen ohne die Gemeinden Beuron, Herdwangen-Schönach, Illmensee, Inzigkofen, Krauchenwies, Leibertingen, Meßkirch, Pfullendorf, Sauldorf, Schwenningen, Sigmaringen, Stetten a.k.M., Wald.



Organe

- Verbandsversammlung
- Verbandsvorsitzender

Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung besteht aus den Landräten der beteiligten Landkreise und Oberbürgermeistern der beteiligten Stadtkreise. Außerdem gehört der Verbandsversammlung je ein weiterer Vertreter der Landkreise Biberach, Freudenstadt und Göppingen an, solange der Verband in deren Gebiet eigene Anlagen betreibt.

Jedes Mitglied des Verbandes hat eine Stimme, mit Ausnahme der Landkreise Biberach, Freudenstadt und Göppingen, die zwei Stimmen haben.

Verbandsvorsitzender

Der Verbandsvorsitzende und seine Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung aus ihrer Mitte jeweils auf die Dauer von 5 Jahren gewählt.

Verbandsvorsitzender: Landrat Dr. Schmid, Landkreis Biberach
Stellvertreter: Landrat Wolff, Kreis Göppingen
 Bürgermeister Czisch, Stadt Ulm

Verbandsverwaltung

Geschäftsführer: Robert Schafitel

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer

2013 waren 73 Mitarbeiter (Vorjahr 75), davon 11 Teilzeitkräfte (Vorjahr 11) sowie 1 Auszubildender beschäftigt.

Jahresabschluss 2013

Wirtschaftsführung:

Auf Verfassung, Verwaltung und Wirtschaftsführung des Zweckverbandes finden nach Maßgabe des § 20 GKZ die für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften Anwendung.

Eckdaten

	2013	2012
Bilanzsumme	18.054.710,10 €	19.040.997,24 €
davon entfallen auf der Aktivseite auf		
- das Anlagevermögen	15.460.776,47 €	16.027.363,02 €
- das Umlaufvermögen	2.593.933,63 €	3.013.634,22 €

davon entfallen auf der Passivseite auf		
- das Eigenkapital	13.370.314,10 €	13.533.750,93 €
- die Sonderposten aus Zuschüssen	3.189.604,21 €	3.429.311,16 €
- die Rückstellungen	533.450,48 €	597.132,89 €
- die Verbindlichkeiten	961.341,31 €	1.480.802,26 €
Jahresverlust/Jahresgewinn	36.563,17 €	- 14.065,14 €

Die Verbandsversammlung hat beschlossen, den Jahresgewinn in Höhe von 36.563,17 € in den Gewinnvortrag einzustellen. Zum 31.12.2013 beträgt der Gewinnvortrag 439.535,06 € (Vorjahr: 402.971,89 €).

Verbandsumlage:

Umlagemaßstab für die Verbandsumlage ist die Summe aus der Einwohnerzahl und dem Tierbestand im Verbandsgebiet.

	2013	2012
Verbandsumlage insgesamt:	2.900.000,00 €	2.900.000,00 €
Anteil Landkreis Tübingen	158.168,00 €	158.307,00 €

V. Anhang

Erläuterung der Kennzahlen

Vermögenslage

Anlagenintensität $\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Gesamtvermögen}}$ Die Anlagenintensität ermöglicht Aussagen zum Vermögensaufbau. Eine hohe Anlagenintensität ist ein Indiz für einen kostenintensiven (Fixkosten) Betrieb des Unternehmens.

Umlaufintensität $\frac{\text{Umlaufvermögen} \times 100}{\text{Gesamtvermögen}}$ Die Höhe der Umlaufintensität lässt Schlüsse über die Kapitalbindung und Kostenflexibilität eines Unternehmens zu. Sie gibt Hinweise zum Vermögensaufbau und zur Wirtschaftlichkeit eines Unternehmens. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden dabei dem Umlaufvermögen zugerechnet.

Finanzlage

Eigenkapitalquote $\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$ Die Eigenkapitalquote zeigt, wie hoch der Anteil des von den Gesellschaftern eingebrachten Kapitals am Gesamtkapital eines Unternehmens ist. Eine hohe Eigenkapitalquote gilt als wichtiger Indikator für die Bonität eines Unternehmens.

Fremdkapitalquote $\frac{\text{Fremdkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$ Die Fremdkapitalquote gibt den Verschuldungsgrad eines Unternehmens an. Das Fremdkapital erfasst dabei sowohl kurz- als auch langfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten sowie die passiven Rechnungsabgrenzungsposten.

Verschuldungsgrad $\frac{\text{Fremdkapital} \times 100}{\text{Eigenkapital}}$ Der Verschuldungsgrad zeigt die Relation von Eigenkapital zu Fremdkapital an und gibt damit Auskunft über die Finanzierungsstruktur.

Anlagendeckungsgrad I $\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$ Der Anlagendeckungsgrad drückt aus, inwieweit das Anlagevermögen durch Eigenkapital gedeckt wird.

Ertragslage

Umsatzrentabilität $\frac{\text{Jahresüberschuss} \times 100}{\text{Umsatzerlöse}}$ Die Umsatzrentabilität misst den Betriebserfolg an der Umsatztätigkeit. Sie ist eine wichtige Kennzahl für die Beurteilung der Ertragskraft eines Unternehmens.

Eigenkapitalrentabilität $\frac{\text{Jahresüberschuss} \times 100}{\text{Eigenkapital}}$ Die Eigenkapitalrentabilität gibt an, in welcher Höhe sich das eingesetzte Eigenkapital im Geschäftsjahr verzinst hat.

Kostendeckung $\frac{\text{Umsatzerlöse} \times 100}{\text{Gesamtaufwand}}$ Die Kostendeckung stellt dar, in welchem Umfang ein Unternehmen seine Aufwendungen am Markt über Umsatzerlöse decken kann.

Personal

Personalintensität $\frac{\text{Personalkosten} \times 100}{\text{Gesamtaufwand}}$ Die Personalintensität zeigt das Verhältnis der Personalaufwendungen zu den gesamten Aufwendungen. Damit wird ausgedrückt, wie intensiv die Unternehmenstätigkeit vom Personaleinsatz geprägt ist.

Rechtliche Grundlagen

Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO)

in der aktuellen Fassung vom 24. Juli 2000

3. ABSCHNITT

Unternehmen und Beteiligungen

§ 102

Zulässigkeit wirtschaftlicher Unternehmen

- (1) Die Gemeinde darf ungeachtet der Rechtsform wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn
 1. der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt,
 2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und
 3. bei einem Tätigwerden außerhalb der kommunalen Daseinsvorsorge der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Anbieter erfüllt wird oder erfüllt werden kann.
- (2) Über ein Tätigwerden der Gemeinde nach Absatz 1 Nr. 3 entscheidet der Gemeinderat nach Anhörung der örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel.
- (3) Wirtschaftliche Unternehmen der Gemeinde sind so zu führen, dass der öffentliche Zweck erfüllt wird; sie sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen.
- (4) Wirtschaftliche Unternehmen im Sinne der Absätze 1 und 2 sind nicht
 1. Unternehmen, zu deren Betrieb die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
 2. Einrichtungen des Unterrichts-, Erziehungs- und Bildungswesens, der Kunstpflege, der körperlichen Erziehung, der Gesundheits- und Wohlfahrtspflege sowie öffentliche Einrichtungen ähnlicher Art und
 3. Hilfsbetriebe, die ausschließlich zur Deckung des Eigenbedarfs der Gemeinde dienen.Auch diese Unternehmen, Einrichtungen und Hilfsbetriebe sind nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu führen.
- (5) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht betreiben, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Für das öffentliche Sparkassenwesen verbleibt es bei den besonderen Vorschriften.
- (6) Bei Unternehmen, für die kein Wettbewerb gleichartiger Privatunternehmen besteht, dürfen der Anschluss und die Belieferung nicht davon abhängig gemacht werden, dass auch andere Leistungen oder Lieferungen abgenommen werden.
- (7) Die Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist zulässig, wenn bei wirtschaftlicher Betätigung die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen Gemeinden gewahrt sind. Bei der Versorgung mit Strom und Gas gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den maßgeblichen Vorschriften eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen.

§ 103

Unternehmen in Privatrechtsform

- (1) Die Gemeinde darf ein Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur errichten, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn
 1. das Unternehmen seine Aufwendungen nachhaltig zu mindestens 25 vom Hundert mit Umsatzerlösen zu decken vermag,
 2. im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung sichergestellt ist, dass der öffentliche Zweck des Unternehmens erfüllt wird,
 3. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan des Unternehmens erhält,
 4. die Haftung der Gemeinde auf einen ihrer Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt wird,

5. bei einer Beteiligung mit Anteilen in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung sichergestellt ist, dass
- a) in sinngemäßer Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt und der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zu Grunde gelegt wird,
 - b) der Jahresabschluss und der Lagebericht in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buchs des Handelsgesetzbuchs für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und in entsprechender Anwendung dieser Vorschriften geprüft werden, sofern nicht die Vorschriften des Handelsgesetzbuchs bereits unmittelbar gelten oder weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen,
 - c) der Gemeinde der Wirtschaftsplan und die Finanzplanung des Unternehmens, der Jahresabschluss und der Lagebericht sowie der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers übersandt werden, soweit dies nicht bereits gesetzlich vorgesehen ist,
 - d) für die Prüfung der Betätigung der Gemeinde bei dem Unternehmen dem Rechnungsprüfungsamt und der für die überörtliche Prüfung zuständigen Prüfungsbehörde die in § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt sind,
 - e) das Recht zur überörtlichen Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Unternehmens nach Maßgabe des § 114 Abs. 1 eingeräumt ist,
 - f) der Gemeinde die für die Aufstellung des Gesamtabchlusses (§ 95 a) erforderlichen Unterlagen und Auskünfte zu dem von ihr bestimmten Zeitpunkt eingereicht werden.

Die obere Rechtsaufsichtsbehörde kann in besonderen Fällen von dem Mindestgrad der Aufwandsdeckung nach Satz 1 Nr. 1 und dem Prüfungserfordernis nach Satz 1 Nr. 5 Buchst. b, wenn andere geeignete Prüfungsmaßnahmen gewährleistet sind, Ausnahmen zulassen.

- (2) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 ein Unternehmen in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft nur errichten, übernehmen oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck des Unternehmens nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt wird oder erfüllt werden kann.
- (3) Die Gemeinde hat ein Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an dem sie mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt ist, so zu steuern und zu überwachen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt und das Unternehmen wirtschaftlich geführt wird; bei einer geringeren Beteiligung hat die Gemeinde darauf hinzuwirken. Zuschüsse der Gemeinde zum Ausgleich von Verlusten sind so gering wie möglich zu halten.

§ 103 a

Unternehmen in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Die Gemeinde darf unbeschadet des § 103 Abs. 1 ein Unternehmen in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nur errichten, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn im Gesellschaftsvertrag sichergestellt ist, dass die Gesellschafterversammlung auch beschließt über

1. den Abschluss und die Änderung von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
2. die Übernahme neuer Aufgaben von besonderer Bedeutung im Rahmen des Unternehmensgegenstands,
3. die Errichtung, den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen, sofern dies im Verhältnis zum Geschäftsumfang der Gesellschaft wesentlich ist,
4. die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses.

§ 104

Vertretung der Gemeinde in Unternehmen in Privatrechtsform

- (1) Der Bürgermeister vertritt die Gemeinde in der Gesellschafterversammlung oder in dem entsprechenden Organ der Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen die Gemeinde beteiligt ist; er kann einen Gemeindebediensteten mit seiner Vertretung beauftragen. Die Gemeinde kann weitere Vertreter entsenden und deren Entsendung zurücknehmen; ist mehr als ein weiterer Vertreter zu entsenden und kommt eine Einigung über deren Entsendung nicht zu Stande, finden die Vorschriften über die Wahl der Mitglieder beschließender Ausschüsse des Gemeinderats Anwendung. Die Gemeinde kann ihren Vertretern Weisungen erteilen.
- (2) Ist der Gemeinde das Recht eingeräumt, mehr als ein Mitglied des Aufsichtsrats oder eines entsprechenden Organs eines Unternehmens zu entsenden, finden die Vorschriften über die Wahl der Mitglieder beschließender Ausschüsse des Gemeinderats Anwendung, soweit eine Einigung über die Entsendung nicht zu Stande kommt.

- (3) Die von der Gemeinde entsandten oder auf ihren Vorschlag gewählten Mitglieder des Aufsichtsrats oder eines entsprechenden Überwachungsorgans eines Unternehmens haben bei ihrer Tätigkeit auch die besonderen Interessen der Gemeinde zu berücksichtigen.
- (4) Werden Vertreter der Gemeinde aus ihrer Tätigkeit in einem Organ eines Unternehmens haftbar gemacht, hat ihnen die Gemeinde den Schaden zu ersetzen, es sei denn, dass sie ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt haben. Auch in diesem Fall ist die Gemeinde schadenersatzpflichtig, wenn ihre Vertreter nach Weisung gehandelt haben.

§ 105

Prüfung, Offenlegung und Beteiligungsbericht

- (1) Ist die Gemeinde an einem Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang beteiligt, hat sie
 1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des Haushaltsgrundsätzegesetzes auszuüben,
 2. dafür zu sorgen, dass
 - a) der Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses zusammen mit dessen Ergebnis, das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die beschlossene Verwendung des Jahresüberschusses oder die Behandlung des Jahresfehlbetrags ortsüblich bekannt gegeben werden,
 - b) gleichzeitig mit der Bekanntgabe der Jahresabschluss und der Lagebericht an sieben Tagen öffentlich ausgelegt werden und in der Bekanntgabe auf die Auslegung hingewiesen wird.
- (2) Die Gemeinde hat zur Information des Gemeinderats und ihrer Einwohner jährlich einen Bericht über die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen sie unmittelbar oder mit mehr als 50 vom Hundert mittelbar beteiligt ist, zu erstellen. In dem Beteiligungsbericht sind für jedes Unternehmen mindestens darzustellen:
 1. der Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,
 2. der Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens,
 3. für das jeweilige letzte Geschäftsjahr die Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Lage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Gemeinde und im Vergleich mit den Werten des vorangegangenen Geschäftsjahres die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer getrennt nach Gruppen, die wichtigsten Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens sowie die gewährten Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats oder der entsprechenden Organe des Unternehmens für jede Personengruppe; § 286 Abs. 4 des Handelsgesetzbuchs gilt entsprechend.

Ist die Gemeinde unmittelbar mit weniger als 25 vom Hundert beteiligt, kann sich die Darstellung auf den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse und den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens beschränken.

- (3) Die Erstellung des Beteiligungsberichts ist ortsüblich bekannt zu geben; Absatz 1 Nr. 2 Buchst. b gilt entsprechend.
- (4) Die Rechtsaufsichtsbehörde kann verlangen, dass die Gemeinde ihr den Beteiligungsbericht und den Prüfungsbericht mitteilt.

§ 105 a

Mittelbare Beteiligungen an Unternehmen in Privatrechtsform

- (1) Die Gemeinde darf der Beteiligung eines Unternehmens, an dem sie mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt ist, an einem anderen Unternehmen nur zustimmen, wenn
 1. die Voraussetzungen des § 102 Abs. 1 Nr. 1 und 3 vorliegen,
 2. bei einer Beteiligung des Unternehmens von mehr als 50 vom Hundert an dem anderen Unternehmen
 - a) die Voraussetzungen des § 103 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 bis 4 vorliegen,
 - b) die Voraussetzungen des § 103 a vorliegen, sofern das Unternehmen, an dem die Gemeinde unmittelbar beteiligt ist, und das andere Unternehmen Gesellschaften mit beschränkter Haftung sind,
 - c) die Voraussetzung des § 103 Abs. 2 vorliegt, sofern das andere Unternehmen eine Aktiengesellschaft ist.

Beteiligungen sind auch mittelbare Beteiligungen. Anteile mehrerer Gemeinden sind zusammenzurechnen.

- (2) § 103 Abs. 3 und, soweit der Gemeinde für das andere Unternehmen Entsendungsrechte eingeräumt sind, § 104 Abs. 2 bis 4 gelten entsprechend.
- (3) Andere Bestimmungen zur mittelbaren Beteiligung der Gemeinde an Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts bleiben unberührt.

§ 106

Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen

Die Veräußerung eines Unternehmens, von Teilen eines solchen oder einer Beteiligung an einem Unternehmen sowie andere Rechtsgeschäfte, durch welche die Gemeinde ihren Einfluss auf das Unternehmen verliert oder vermindert, sind nur zulässig, wenn die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird.

§ 106 a

Einrichtungen in Privatrechtsform

Die §§ 103 bis 106 gelten für Einrichtungen im Sinne des § 102 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 in einer Rechtsform des privaten Rechts entsprechend.

§ 106 b

Vergabe von Aufträgen

- (1) Die Gemeinde ist verpflichtet, ihre Gesellschafterrechte in Unternehmen des privaten Rechts, auf die sie durch mehrheitliche Beteiligung oder in sonstiger Weise direkt oder indirekt bestimmenden Einfluss nehmen kann, so auszuüben, dass
 1. diese die Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB) sowie § 22 Abs. 1 bis 4 des Mittelstandsförderungsgesetzes anwenden und
 2. ihnen die Anwendung der Verdingungsordnung für Leistungen (VOL) empfohlen wird, wenn diese Unternehmen öffentliche Auftraggeber im Sinne von § 98 Nr. 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen sind. Satz 1 gilt für Einrichtungen im Sinne des § 102 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 in einer Rechtsform des privaten Rechts entsprechend.
- (2) Die Verpflichtung nach Absatz 1 entfällt in der Regel
 1. bei wirtschaftlichen Unternehmen, soweit sie
 - a) mit ihrer gesamten Tätigkeit an einem entwickelten Wettbewerb teilnehmen und ihre Aufwendungen ohne Zuschüsse aus öffentlichen Haushalten zu decken vermögen oder
 - b) mit der gesamten Tätigkeit einzelner Geschäftsbereiche an einem entwickelten Wettbewerb teilnehmen und dabei ihre Aufwendungen ohne Zuschüsse aus öffentlichen Haushalten zu decken vermögen,
 2. bei Aufträgen der in § 100 Abs. 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen genannten Art,
 3. bei Aufträgen, deren Wert voraussichtlich weniger als 30.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) beträgt.

Auch bei Vorliegen der Ausnahmevoraussetzungen nach Satz 1 besteht die Verpflichtung nach Absatz 1, soweit die Unternehmen Aufträge für ein Vorhaben vergeben, für das sie öffentliche Mittel in Höhe von mindestens 30.000 Euro in Anspruch nehmen.

§ 107

Energie- und Wasserverträge

- (1) Die Gemeinde darf Verträge über die Lieferung von Energie oder Wasser in das Gemeindegebiet sowie Konzessionsverträge, durch die sie einem Energieversorgungsunternehmen oder einem Wasserversorgungsunternehmen die Benutzung von Gemeindegut einschließlich der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze für Leitungen zur Versorgung der Einwohner überlässt, nur abschließen, wenn die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht gefährdet wird und die berechtigten wirtschaftlichen Interessen der Gemeinde und ihrer Einwohner gewahrt sind. Hierüber soll dem Gemeinderat vor der Beschlussfassung das Gutachten eines unabhängigen Sachverständigen vorgelegt werden.
- (2) Dasselbe gilt für eine Verlängerung oder ihre Ablehnung sowie eine wichtige Änderung derartiger Verträge.

§ 108**Vorlagepflicht**

Beschlüsse der Gemeinde über Maßnahmen und Rechtsgeschäfte nach § 103 Abs. 1 und 2, §§ 103 a, 105 a Abs. 1, §§ 106, 106 a und 107 sind der Rechtsaufsichtsbehörde unter Nachweis der gesetzlichen Voraussetzungen vorzulegen.

**Gesetz über die Grundsätze des Haushaltsrechts des Bundes und der Länder
(Haushaltsgrundsätzegesetz - HGrG)**

in der Fassung vom 31. Oktober 2006

§ 53**Rechte gegenüber privatrechtlichen Unternehmen**

- (1) Gehört einer Gebietskörperschaft die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts oder gehört ihr mindestens der vierte Teil der Anteile und steht ihr zusammen mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile zu, so kann sie verlangen, dass das Unternehmen
 1. im Rahmen der Abschlussprüfung auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung prüfen lässt;
 2. die Abschlussprüfer beauftragt, in ihrem Bericht auch darzustellen
 - a) die Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage sowie die Liquidität und Rentabilität der Gesellschaft,
 - b) verlustbringende Geschäfte und die Ursachen der Verluste, wenn diese Geschäfte und die Ursachen für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren,
 - c) die Ursachen eines in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresfehlbetrags;
 3. ihr den Prüfungsbericht der Abschlussprüfer und, wenn das Unternehmen einen Konzernabschluss aufzustellen hat, auch den Prüfungsbericht der Konzernabschlussprüfer unverzüglich nach Eingang übersendet.
- (2) Für die Anwendung des Absatzes 1 rechnen als Anteile der Gebietskörperschaft auch Anteile, die einem Sondervermögen der Gebietskörperschaft gehören. Als Anteile der Gebietskörperschaft gelten ferner Anteile, die Unternehmen gehören, bei denen die Rechte aus Absatz 1 der Gebietskörperschaft zustehen.

§ 54**Unterrichtung der Rechnungsprüfungsbehörde**

- (1) In den Fällen des § 53 kann in der Satzung (im Gesellschaftsvertrag) mit Dreiviertelmehrheit des vertretenen Kapitals bestimmt werden, dass sich die Rechnungsprüfungsbehörde der Gebietskörperschaft zur Klärung von Fragen, die bei der Prüfung nach § 44 auftreten, unmittelbar unterrichten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher und die Schriften des Unternehmens einsehen kann.
- (2) Ein vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes begründetes Recht der Rechnungsprüfungsbehörde auf unmittelbare Unterrichtung bleibt unberührt.

Handelsgesetzbuch (HGB)

Stand: 01.01.2014 aufgrund Gesetzes vom 28.08.2013 (BGBl. I S. 3395)

§ 285 Sonstige Pflichtangaben

Ferner sind im Anhang anzugeben:

1. zu den in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten
 - a) der Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren,
 - b) der Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten, die durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert sind, unter Angabe von Art und Form der Sicherheiten;
2. die Aufgliederung der in Nummer 1 verlangten Angaben für jeden Posten der Verbindlichkeiten nach dem vorgeschriebenen Gliederungsschema;
3. Art und Zweck sowie Risiken und Vorteile von nicht in der Bilanz enthaltenen Geschäften, soweit dies für die Beurteilung der Finanzlage notwendig ist;
- 3a der Gesamtbetrag der sonstigen finanziellen Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten und nicht nach § 251 oder Nummer 3 anzugeben sind, sofern diese Angabe für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung ist; davon sind Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen gesondert anzugeben;
4. die Aufgliederung der Umsatzerlöse nach Tätigkeitsbereichen sowie nach geographisch bestimmten Märkten, soweit sich, unter Berücksichtigung der Organisation des Verkaufs von für die gewöhnliche Geschäftstätigkeit der Kapitalgesellschaft typischen Erzeugnissen und der für die gewöhnliche Geschäftstätigkeit der Kapitalgesellschaft typischen Dienstleistungen, die Tätigkeitsbereiche und geographisch bestimmten Märkte untereinander erheblich unterscheiden;
5. (weggefallen)
6. in welchem Umfang die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und das außerordentliche Ergebnis belasten;
7. die durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahrs beschäftigten Arbeitnehmer getrennt nach Gruppen;
8. bei Anwendung des Umsatzkostenverfahrens (§ 275 Abs. 3)
 - a) der Materialaufwand des Geschäftsjahrs, gegliedert nach § 275 Abs. 2 Nr. 5,
 - b) der Personalaufwand des Geschäftsjahrs, gegliedert nach § 275 Abs. 2 Nr. 6;
9. für die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, eines Aufsichtsrats, eines Beirats oder einer ähnlichen Einrichtung jeweils für jede Personengruppe
 - a) die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge (Gehälter, Gewinnbeteiligungen, Bezugsrechte und sonstige aktienbasierte Vergütungen, Aufwandsentschädigungen, Versicherungsentgelte, Provisionen und Nebenleistungen jeder Art). In die Gesamtbezüge sind auch Bezüge einzurechnen, die nicht ausgezahlt, sondern in Ansprüche anderer Art umgewandelt oder zur Erhöhung anderer Ansprüche verwendet werden. Außer den Bezügen für das Geschäftsjahr sind die weiteren Bezüge anzugeben, die im Geschäftsjahr gewährt, bisher aber in keinem Jahresabschluss angegeben worden sind. Bezugsrechte und sonstige aktienbasierte Vergütungen sind mit ihrer Anzahl und dem beizulegenden Zeitwert zum Zeitpunkt ihrer Gewährung anzugeben; spätere Wertveränderungen, die auf einer Änderung der Ausübungsbedingungen beruhen, sind zu berücksichtigen. Bei einer börsennotierten Aktiengesellschaft sind zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge jedes einzelnen Vorstandsmitglieds, aufgeteilt nach erfolgsunabhängigen und erfolgsbezogenen Komponenten sowie Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung, gesondert anzugeben. Dies gilt auch für:
 - aa) Leistungen, die dem Vorstandsmitglied für den Fall einer vorzeitigen Beendigung seiner Tätigkeit zugesagt worden sind;
 - bb) Leistungen, die dem Vorstandsmitglied für den Fall der regulären Beendigung seiner Tätigkeit zugesagt worden sind, mit ihrem Barwert, sowie den von der Gesellschaft während des Geschäftsjahrs hierfür aufgewandten oder zurückgestellten Betrag;
 - cc) während des Geschäftsjahrs vereinbarte Änderungen dieser Zusagen;
 - dd) Leistungen, die einem früheren Vorstandsmitglied, das seine Tätigkeit im Laufe des Geschäftsjahrs beendet hat, in diesem Zusammenhang zugesagt und im Laufe des Geschäftsjahrs gewährt worden sind.

Leistungen, die dem einzelnen Vorstandsmitglied von einem Dritten im Hinblick auf seine Tätigkeit als Vorstandsmitglied zugesagt oder im Geschäftsjahr gewährt worden sind, sind ebenfalls anzugeben.

- Enthält der Jahresabschluss weitergehende Angaben zu bestimmten Bezügen, sind auch diese zusätzlich einzeln anzugeben;
- b) die Gesamtbezüge (Abfindungen, Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge und Leistungen verwandter Art) der früheren Mitglieder der bezeichneten Organe und ihrer Hinterbliebenen. Buchstabe a Satz 2 und 3 ist entsprechend anzuwenden. Ferner ist der Betrag der für diese Personengruppe gebildeten Rückstellungen für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen und der Betrag der für diese Verpflichtungen nicht gebildeten Rückstellungen anzugeben;
 - c) die gewährten Vorschüsse und Kredite unter Angabe der Zinssätze, der wesentlichen Bedingungen und der gegebenenfalls im Geschäftsjahr zurückgezahlten Beträge sowie die zugunsten dieser Personen eingegangenen Haftungsverhältnisse;
10. alle Mitglieder des Geschäftsführungsorgans und eines Aufsichtsrats, auch wenn sie im Geschäftsjahr oder später ausgeschieden sind, mit dem Familiennamen und mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen, einschließlich des ausgeübten Berufs und bei börsennotierten Gesellschaften auch der Mitgliedschaft in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien im Sinne des § 125 Abs. 1 Satz 5 des Aktiengesetzes. Der Vorsitzende eines Aufsichtsrats, seine Stellvertreter und ein etwaiger Vorsitzender des Geschäftsführungsorgans sind als solche zu bezeichnen;
 11. Name und Sitz anderer Unternehmen, von denen die Kapitalgesellschaft oder eine für Rechnung der Kapitalgesellschaft handelnde Person mindestens den fünften Teil der Anteile besitzt; außerdem sind die Höhe des Anteils am Kapital, das Eigenkapital und das Ergebnis des letzten Geschäftsjahrs dieser Unternehmen anzugeben, für das ein Jahresabschluss vorliegt; auf die Berechnung der Anteile ist § 16 Abs. 2 und 4 des Aktiengesetzes entsprechend anzuwenden; ferner sind von börsennotierten Kapitalgesellschaften zusätzlich alle Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften anzugeben, die fünf vom Hundert der Stimmrechte überschreiten;
 - 11a. Name, Sitz und Rechtsform der Unternehmen, deren unbeschränkt haftender Gesellschafter die Kapitalgesellschaft ist;
 12. Rückstellungen, die in der Bilanz unter dem Posten "sonstige Rückstellungen" nicht gesondert ausgewiesen werden, sind zu erläutern, wenn sie einen nicht unerheblichen Umfang haben;
 13. die Gründe, welche die Annahme einer betrieblichen Nutzungsdauer eines entgeltlich erworbenen Geschäfts- oder Firmenwertes von mehr als fünf Jahren rechtfertigen;
 14. Name und Sitz des Mutterunternehmens der Kapitalgesellschaft, das den Konzernabschluss für den größten Kreis von Unternehmen aufstellt, und ihres Mutterunternehmens, das den Konzernabschluss für den kleinsten Kreis von Unternehmen aufstellt, sowie im Falle der Offenlegung der von diesen Mutterunternehmen aufgestellten Konzernabschlüsse der Ort, wo diese erhältlich sind;
 15. soweit es sich um den Anhang des Jahresabschlusses einer Personenhandelsgesellschaft im Sinne des § 264a Abs. 1 handelt, Name und Sitz der Gesellschaften, die persönlich haftende Gesellschafter sind, sowie deren gezeichnetes Kapital;
 16. dass die nach § 161 des Aktiengesetzes vorgeschriebene Erklärung abgegeben und wo sie öffentlich zugänglich gemacht worden ist;
 17. das von dem Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar, aufgeschlüsselt in das Honorar für
 - a) die Abschlussprüfungsleistungen,
 - b) andere Bestätigungsleistungen,
 - c) Steuerberatungsleistungen,
 - d) sonstige Leistungen,soweit die Angaben nicht in einem das Unternehmen einbeziehenden Konzernabschluss enthalten sind;
 18. für zu den Finanzanlagen (§ 266 Abs. 2 A. III.) gehörende Finanzinstrumente, die über ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen werden, da eine außerplanmäßige Abschreibung nach § 253 Abs. 3 Satz 4 unterblieben ist,
 - a) der Buchwert und der beizulegende Zeitwert der einzelnen Vermögensgegenstände oder angemessener Gruppierungen sowie
 - b) die Gründe für das Unterlassen der Abschreibung einschließlich der Anhaltspunkte, die darauf hindeuten, dass die Wertminderung voraussichtlich nicht von Dauer ist;
 19. für jede Kategorie nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierter derivativer Finanzinstrumente
 - a) deren Art und Umfang,
 - b) deren beizulegender Zeitwert, soweit er sich nach § 255 Abs. 4 verlässlich ermitteln lässt, unter Angabe der angewandten Bewertungsmethode,

- c) deren Buchwert und der Bilanzposten, in welchem der Buchwert, soweit vorhanden, erfasst ist, sowie d) die Gründe dafür, warum der beizulegende Zeitwert nicht bestimmt werden kann;
20. für gemäß § 340e Abs. 3 Satz 1 mit dem beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente
- a) die grundlegenden Annahmen, die der Bestimmung des beizulegenden Zeitwertes mit Hilfe allgemein anerkannter Bewertungsmethoden zugrunde gelegt wurden, sowie
- b) Umfang und Art jeder Kategorie derivativer Finanzinstrumente einschließlich der wesentlichen Bedingungen, welche die Höhe, den Zeitpunkt und die Sicherheit künftiger Zahlungsströme beeinflussen können;
21. zumindest die nicht zu marktüblichen Bedingungen zustande gekommenen Geschäfte, soweit sie wesentlich sind, mit nahe stehenden Unternehmen und Personen, einschließlich Angaben zur Art der Beziehung, zum Wert der Geschäfte sowie weiterer Angaben, die für die Beurteilung der Finanzlage notwendig sind; ausgenommen sind Geschäfte mit und zwischen mittel- oder unmittelbar in 100-prozentigem Anteilsbesitz stehenden in einen Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen; Angaben über Geschäfte können nach Geschäftsarten zusammengefasst werden, sofern die getrennte Angabe für die Beurteilung der Auswirkungen auf die Finanzlage nicht notwendig ist;
22. im Fall der Aktivierung nach § 248 Abs. 2 der Gesamtbetrag der Forschungs- und Entwicklungskosten des Geschäftsjahrs sowie der davon auf die selbst geschaffenen immateriellen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens entfallende Betrag;
23. bei Anwendung des § 254,
- a) mit welchem Betrag jeweils Vermögensgegenstände, Schulden, schwebende Geschäfte und mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen zur Absicherung welcher Risiken in welche Arten von Bewertungseinheiten einbezogen sind sowie die Höhe der mit Bewertungseinheiten abgesicherten Risiken,
- b) für die jeweils abgesicherten Risiken, warum, in welchem Umfang und für welchen Zeitraum sich die gegenläufigen Wertänderungen oder Zahlungsströme künftig voraussichtlich ausgleichen einschließlich der Methode der Ermittlung,
- c) eine Erläuterung der mit hoher Wahrscheinlichkeit erwarteten Transaktionen, die in Bewertungseinheiten einbezogen wurden, soweit die Angaben nicht im Lagebericht gemacht werden;
24. zu den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen das angewandte versicherungsmathematische Berechnungsverfahren sowie die grundlegenden Annahmen der Berechnung, wie Zinssatz, erwartete Lohn- und Gehaltssteigerungen und zugrunde gelegte Sterbetafeln;
25. im Fall der Verrechnung von Vermögensgegenständen und Schulden nach § 246 Abs. 2 Satz 2 die Anschaffungskosten und der beizulegende Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände, der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden sowie die verrechneten Aufwendungen und Erträge; Nummer 20 Buchstabe a ist entsprechend anzuwenden;
26. zu Anteilen an Sondervermögen im Sinn des § 1 Absatz 10 des Kapitalanlagegesetzbuchs oder Anlageaktien an Investmentaktiengesellschaften mit veränderlichem Kapital im Sinn der §§ 108 bis 123 des Kapitalanlagegesetzbuchs oder vergleichbaren EU-Investmentvermögen oder vergleichbaren ausländischen Investmentvermögen von mehr als dem zehnten Teil, aufgegliedert nach Anlagezielen, deren Wert im Sinn der §§ 168, 278 des Kapitalanlagegesetzbuchs oder des § 36 des Investmentgesetzes in der bis zum 21. Juli 2013 geltenden Fassung oder vergleichbarer ausländischer Vorschriften über die Ermittlung des Marktwertes, die Differenz zum Buchwert und die für das Geschäftsjahr erfolgte Ausschüttung sowie Beschränkungen in der Möglichkeit der täglichen Rückgabe; darüber hinaus die Gründe dafür, dass eine Abschreibung gemäß § 253 Abs. 3 Satz 4 unterblieben ist, einschließlich der Anhaltspunkte, die darauf hindeuten, dass die Wertminderung voraussichtlich nicht von Dauer ist; Nummer 18 ist insoweit nicht anzuwenden;
27. für nach § 251 unter der Bilanz oder nach § 268 Abs. 7 Halbsatz 1 im Anhang ausgewiesene Verbindlichkeiten und Haftungsverhältnisse die Gründe der Einschätzung des Risikos der Inanspruchnahme;
28. der Gesamtbetrag der Beträge im Sinn des § 268 Abs. 8, aufgegliedert in Beträge aus der Aktivierung selbst geschaffener immaterieller Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, Beträge aus der Aktivierung latenter Steuern und aus der Aktivierung von Vermögensgegenständen zum beizulegenden Zeitwert;
29. auf welchen Differenzen oder steuerlichen Verlustvorträgen die latenten Steuern beruhen und mit welchen Steuersätzen die Bewertung erfolgt ist.

§ 286 Unterlassen von Angaben

- (1) Die Berichterstattung hat insoweit zu unterbleiben, als es für das Wohl der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder erforderlich ist.

- (2) Die Aufgliederung der Umsatzerlöse nach § 285 Nr. 4 kann unterbleiben, soweit die Aufgliederung nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung geeignet ist, der Kapitalgesellschaft oder einem Unternehmen, von dem die Kapitalgesellschaft mindestens den fünften Teil der Anteile besitzt, einen erheblichen Nachteil zuzufügen.
- (3) Die Angaben nach § 285 Nr. 11 und 11a können unterbleiben, soweit sie
 1. für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kapitalgesellschaft nach § 264 Abs. 2 von untergeordneter Bedeutung sind oder
 2. nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung geeignet sind, der Kapitalgesellschaft oder dem anderen Unternehmen einen erheblichen Nachteil zuzufügen.

Die Angabe des Eigenkapitals und des Jahresergebnisses kann unterbleiben, wenn das Unternehmen, über das zu berichten ist, seinen Jahresabschluss nicht offenzulegen hat und die berichtende Kapitalgesellschaft weniger als die Hälfte der Anteile besitzt. Satz 1 Nr. 2 ist nicht anzuwenden, wenn die Kapitalgesellschaft oder eines ihrer Tochterunternehmen (§ 290 Abs. 1 und 2) am Abschlussstichtag kapitalmarktorientiert im Sinn des § 264d ist. Im Übrigen ist die Anwendung der Ausnahmeregelung nach Satz 1 Nr. 2 im Anhang anzugeben.

- (4) Bei Gesellschaften, die keine börsennotierten Aktiengesellschaften sind, können die in § 285 Nr. 9 Buchstabe a und b verlangten Angaben über die Gesamtbezüge der dort bezeichneten Personen unterbleiben, wenn sich anhand dieser Angaben die Bezüge eines Mitglieds dieser Organe feststellen lassen.
- (5) Die in § 285 Nr. 9 Buchstabe a Satz 5 bis 8 verlangten Angaben unterbleiben, wenn die Hauptversammlung dies beschlossen hat. Ein Beschluss, der höchstens für fünf Jahre gefasst werden kann, bedarf einer Mehrheit, die mindestens drei Viertel des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals umfasst. § 136 Abs. 1 des Aktiengesetzes gilt für einen Aktionär, dessen Bezüge als Vorstandsmitglied von der Beschlussfassung betroffen sind, entsprechend.